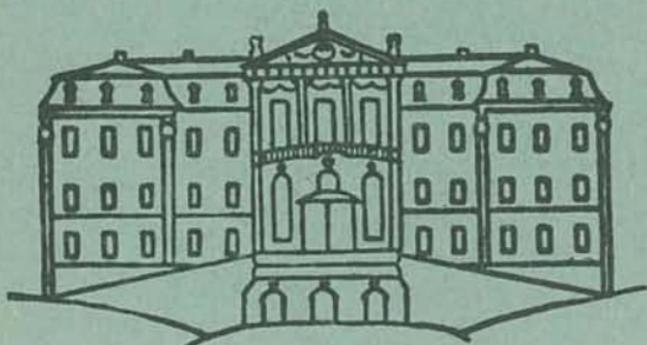


Hefte aus Burgscheidungen

Sieg der Gemeinsamkeit – Glück des Volkes

Die Nationale Front - wichtigste Erscheinungsform
der politisch-moralischen Einheit unseres Volkes

Von einem Autorenkollektiv der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“,
Burgscheidungen, unter Leitung von Heinz Büttner



128

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union

Hefte aus Burgscheidungen

Sieg der Gemeinsamkeit - Glück des Volkes

Die Nationale Front - wichtigste Erscheinungsform
der politisch-moralischen Einheit unseres Volkes

Von einem Autorenkollektiv der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“
Burgscheidungen, unter Leitung von Heinz Büttner

1965

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union

Inhalt

- I. Die allseitige Befreiung aller Menschen – Grundlage und Voraussetzung für die politisch-moralische Einheit unseres Volkes 3
- II. Die Nationale Front vereint alle Bürger unserer Republik im Kampf für Frieden und Sozialismus 19

I. Die allseitige Befreiung aller Menschen – Grundlage und Voraussetzung für die politisch-moralische Einheit unseres Volkes

In seinem Referat „Die Aufgaben der CDU beim umfassenden Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik“ führte der Parteivorsitzende August Bach auf dem 11. Parteitag der CDU aus:

„Wir wissen, daß es gar nicht so leicht war, weder für unsere marxistischen Freunde noch für uns, sich in solcher Gemeinsamkeit zu finden. Wir wissen, daß auch heute noch manches zu tun bleibt auf diesem Wege. Aber daß uns diese großartige Perspektive der Gemeinsamkeit gegeben ist und daß sich diese Gemeinsamkeit inzwischen tausendfältig bewährt hat, das gibt uns Kraft und Mut für die Lösung neuer Aufgaben.“¹⁾

Eine solche Feststellung sollte zunächst dazu veranlassen, die Grundlagen und Voraussetzungen für diese Gemeinsamkeit, für die Übereinstimmung im Denken, Fühlen und Handeln, für die politisch-moralische Einheit, aufzudecken und zu analysieren.

*

Der Mensch ist unlöslich mit der Gesellschaft, mit ihren Lebensbedingungen und ihrem Charakter, mit den in der Gesellschaft bestehenden Beziehungen und Verhältnissen zwischen den Menschen verbunden. Die Gesellschaft formt den Menschen als Glied eines Kollektivs und als Einzelperson. Das Wesen der Menschen wird von der Gesamtheit der Beziehungen zwischen den Menschen auf der jeweiligen Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung bestimmt.

Die Lehre des Marxismus-Leninismus fordert deshalb einerseits die Abschaffung der sozialen Bedingungen, durch die die Mehrzahl der Mitglieder der Gesellschaft unterdrückt wird, und weist andererseits die Wege und die wichtigsten Mittel zur Schaffung solcher sozialen Bedingungen, die eine Unterdrückung der Massen der Werktätigen völlig ausschließen. Marx und Engels stellen hierzu fest:

„Wenn der Charakter des Menschen durch die Umstände gebildet wird, dann muß man folglich die Umstände menschlich machen.“
(Marx/Engels, Werke, Band 2)

Bereits in ihrer „Deutschen Ideologie“ behandeln Marx und Engels das gesellschaftliche Leben und die Rolle der Produktiv-

1) Referat des Parteivorsitzenden auf dem 11. Parteitag der CDU, 2. Bulletin, S. 8

kräfte, analysieren sie die Formen der sozialen Organisation und des Bewußtseins der Menschen, weisen sie auf die Ursachen des Widerspruchs zwischen den persönlichen und den gesellschaftlichen Interessen in einer sozialen Ordnung hin, in der das Privateigentum an den Produktionsmitteln herrscht. Sie gehen bei ihrer Analyse davon aus, daß der wichtigste Lebensbereich der Gesellschaft die Erzeugung der Mittel für das Leben der Menschen, für die Befriedigung ihrer materiellen Bedürfnisse ist.

Die auf einer bestimmten Stufe der historischen Entwicklung aufgetretene Arbeitsteilung führt zu einer ungleichen Verteilung der Arbeit und ihrer Produkte, Infolgedessen führt sie auch zur ungleichen Verteilung des Eigentums dort, wo Privateigentum an den Produktionsmitteln existiert; sie zugleich einen Widerspruch zwischen den Interessen des Individuums oder einer einzelnen Familie und den allgemeinen gesellschaftlichen Interessen aller Individuen hervor. — Am Rande sei vermerkt, daß nicht jede Arbeitsteilung zur Entstehung des Privateigentums an Produktionsmitteln und folglich zu genanntem Widerspruch führt (z. B. die sozialistische Arbeitsteilung).

Mit der Arbeitsteilung erhält jeder Mensch seinen bestimmten Platz im gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozeß. Auf diese Weise entwickelt sich der für die Ausbeutergesellschaft nicht zu beseitigende Widerspruch zwischen den privaten und den allgemeinen Interessen, weil jeder Mensch nur sein besonderes Interesse verfolgt — bestimmt durch seine Stellung zu den Produktionsmitteln —, das aber nicht mit dem allgemeinen Interesse übereinstimmt, diesem fremd ist.

Die Unterjochung und Ausbeutung wurde und wird von den Volksmassen nicht widerspruchslos hingenommen. Die Völker haben in der Geschichte der Menschheit oft versucht, sich von der Ausbeutung, von den Trägern des Privateigentums an Produktionsmitteln zu befreien. Die Geschichte zeugt davon, daß die unterdrückten und ausgebeuteten Klassen ihre Rechte und Freiheiten im Kampf gegen die Ausbeuterklassen und deren Staatsmacht erringen. Kein Ausbeuterstaat führt aus eigener Initiative Rechte und Freiheiten der Werktätigen ein. Die Anerkennung dieser Rechte und Freiheiten wird dem Staat, der die Interessen der Ausbeuterklasse vertritt, buchstäblich abgerungen.

Völlig anders gestalten sich die Rechte und Freiheiten der der herrschenden Klasse angehörenden Individuen. Sie sorgen mit Hilfe der von ihrer Klasse geschaffenen Staatsmacht dafür, daß für sie alle Rechte und Freiheiten offenstehen, und zugleich dafür, daß die unterdrückten Klassen sich nicht jene gleichen Rechte und Freiheiten zunutze machen können.

Daraus ergibt sich, daß die Interessen der Angehörigen der unterschiedlichen Klassen in der Klassengesellschaft grundsätzlich verschieden sind, es objektiv zu keiner Vereinigung der individuellen mit den gesellschaftlichen Interessen und damit zur politisch-moralischen Einheit kommen kann, da unveröhnliche, antagonistische Widersprüche zwischen den Klassen

bestehen. Die Freiheit der Angehörigen der Ausbeuterklasse unterscheidet sich grundsätzlich von der wirklichen Freiheit der Persönlichkeit: Die Freiheit für die Sklavenhalter, Feudalherren und Kapitalisten bedeutet Unfreiheit und Ausbeutung für die Sklaven, Leibeigenen und Arbeiter.

Der Weg zur realen Freiheit und Gleichheit liegt in der Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, der Klassen, der Ausbeutung, in der Entwicklung einer neuen Gesellschaftsordnung, die allen Menschen die Möglichkeit bietet, ihre Fähigkeiten zu entdecken, zu entwickeln und anzuwenden sowie ihre Bedürfnisse in zunehmendem Maße zu befriedigen. Das setzt voraus, daß die Produktivkräfte soweit entwickelt sind, daß sie die ausbeuterischen Produktionsverhältnisse sprengen und die Werktätigen schrittweise eine klassenlose Gesellschaft errichten können. Dieser Stand ist erreicht, wenn das Proletariat sich als Klasse konstituiert hat und unter Führung seiner marxistisch-leninistischen Kampfpartei zur revolutionärsten, stärksten und fortschrittlichsten Kraft geworden ist, die die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu überwinden vermag.

Die Herrschaft des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln bestimmt den Charakter der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, die bürgerliche Staatsmacht, die Politik, das Recht, die Kultur und alle anderen Überbauerscheinungen. Das Kapital bestimmt alle Verhältnisse des gesellschaftlichen Lebens, es unterjocht die Volksmassen ökonomisch, politisch und kulturell und hält die Unversöhnlichkeit der Interessen der Mitglieder der Gesellschaft aufrecht.

Von diesen Verhältnissen, in die das Proletariat durch das Kapital gezwungen wird, kann es sich nur selbst befreien. Das Proletariat muß sich seiner Rolle im Kapitalismus bewußt werden, um dem gesellschaftlichen Fortschritt zum Durchbruch zu verhelfen, um die Ungerechtigkeit und Ungleichheit zu beseitigen und eine größtmögliche Einheit der Interessen aller Mitglieder der Gesellschaft herzustellen. — Prof. Karl Polak schreibt in seinem Werk „Zur Dialektik in der Staatslehre“:

„Aus seiner Lage in der Gesellschaft erwächst das geschichtliche Wesen des Proletariats, erwachsen seine Aufgaben. Die Proletarier haben sich, ob sie wollen oder nicht, zu dieser gesellschaftlichen Kraft zu formieren, zum Proletariat zu werden, sich als Klasse gegenüber der bürgerlichen Klasse zu konstituieren, sie haben, ob sie wollen oder nicht, den Rahmen ihrer individuell-privaten, ihrer subjektiven Existenz zu verlassen und sich zu einer allgemein gesellschaftlichen Kraft emporzuarbeiten, der Kraft der Umwälzung der auf dem kapitalistischen Privateigentum beruhenden Verhältnisse.“

Die historische Mission der Arbeiterklasse besteht also in der Befreiung ihrer selbst und aller Menschen von den kapitalistischen Produktionsverhältnissen, in der Beseitigung des kapitalistischen Eigentums. Diese historische Aufgabe kann die Arbeiterklasse nur durch die proletarische Revolution lösen.

Die proletarische Revolution muß den bürgerlichen Staat, der zum Schutze, zur Festigung und zur Erhaltung des kapitalistischen Eigentums geschaffen wurde, zerbrechen. Sie muß die bürgerliche Staatsmacht, die durch die Herrschaft des Kapitals bestimmt wird, beseitigen; denn die Herrschaft des Privateigentums setzt der Entwicklung der Produktivkräfte Grenzen und verschärft die Ausbeutung des Menschen ständig.

Die Befreiung des Menschen, die Voraussetzung für die politisch-moralische Einheit aller Menschen ist, kann also nur durch die Beseitigung des Privateigentums und die Schaffung sozialistischer Produktionsverhältnisse erfolgen. Damit wird der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit, zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung gelöst. Durch die Schaffung sozialistischer Produktionsverhältnisse haben alle Menschen die gleiche Stellung zu den Produktionsmitteln, die gesellschaftliches Eigentum sind. Dadurch wird die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt; der Entwicklung des Menschen sind von nun an keine Grenzen mehr gesetzt. Alle können gleichberechtigt an der Lenkung und Leitung von Staat und Wirtschaft teilnehmen, alle haben die gleichen Rechte und Pflichten.

Das Proletariat ist die fortschrittlichste, die revolutionärste Klasse und vertritt die Interessen des gesamten Volkes. Es hat in der Revolution nichts zu verlieren — nur die Ketten der Ausbeutung —, sondern alles zu gewinnen; es ist in seinem Kampf durch nichts gebunden, weil es keine Produktionsmittel besitzt. Indem die Arbeiterklasse sich selbst befreit, schafft sie auch die Voraussetzungen zur wahren Befreiung aller anderen bisher unfreien Menschen, da mit der Schaffung der sozialistischen Produktionsverhältnisse die Wurzel der Ungleichheit beseitigt ist.

Im Kampf um die Befreiung muß das Proletariat von einer marxistisch-leninistischen Partei geführt werden, die die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung beherrscht und ihnen im richtigen Moment zum Durchbruch verhilft. Die proletarische Revolution kann ferner nur dann von Erfolg sein, wenn die Bündnispolitik mit der werktätigen Bauernschaft und allen anderen nichtproletarischen, demokratischen Schichten richtig verwirklicht wird. Auf diese Frage wird später näher eingegangen.

Mit der Errichtung der Diktatur des Proletariats und der Schaffung sozialistischer Produktionsverhältnisse ist die Befreiung des Menschen aber noch nicht vollendet. Wohl sind die politische Unterdrückung und die ökonomische Ausbeutung beseitigt; aber das sind nur die Grundlagen für die erfolgreiche Durchführung des Prozesses der allgemeinen und vollständigen Befreiung. Erst nach und nach werden die kapitalistischen Überreste im Bereich der Ideologie und Kultur überwunden. Beim Aufbau des Sozialismus, der in letzter Instanz der Prozeß der allgemeinen Befreiung der Menschen ist, gilt als oberster

Grundsatz die Losung: „Alles im Namen des Menschen — alles für das Wohl der Menschen.“

Die humanistische Idee dieser Gesellschaftsordnung äußert sich folglich darin, daß ihr höchstes Prinzip die Schaffung realer Bedingungen für die völlige, allseitige und harmonische Entwicklung der Persönlichkeit, für die Verwirklichung ihrer völligen Freiheit, umfangreicher Rechte und Möglichkeiten darstellt. Der sozialistische Humanismus richtet die Aufmerksamkeit der Gesellschaft auf die Erziehung zu hohen moralischen Verhaltensgrundsätzen. Zum Schutze der Persönlichkeit und ihrer Rechte, der Disziplin und der Rechtsordnung wählt die Gesellschaft solche Mittel und Methoden, die nicht auf Zwangsgewalt beruhen, sondern auf der Grundlage des Begreifens der gesellschaftlichen Pflicht, und durch die gesamte Form des menschlichen Zusammenlebens bestimmt werden. In der Grußadresse des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den 11. Parteitag der CDU wird hierzu festgestellt:

„In der Deutschen Demokratischen Republik entsteht eine echte Gemeinschaft von Menschen verschiedener sozialer Herkunft, Stellung, Weltanschauung und Vergangenheit, deren Streben der Sache des Friedens und des Humanismus dient. Die neuen und höheren Aufgaben der gegenwärtigen Etappe unserer Entwicklung verlangen Menschen mit hohem Bewußtsein und Bildungsniveau. Von großer Bedeutung für die Formung des Menschen unserer sozialistischen Zeit, die Herausbildung echter menschlicher Beziehungen der Kameradschaft und gegenseitigen Hilfe ist die Entwicklung des geistigen Lebens und der sozialistischen Nationalkultur.“²⁾

Im Referat des Parteivorsitzenden August Bach auf dem 11. Parteitag der CDU „Die Aufgaben der CDU beim umfassenden Aufbau des Sozialismus in der DDR“ heißt es analog:

„Der materiellen Überlegenheit des Sozialismus entspricht also seine geistige, seine moralische Überlegenheit. In ihm ist der Mensch nicht mehr des Menschen Feind und Widersacher, sondern sein Freund und Helfer. In ihm entwickelt sich eine neue Menschengemeinschaft auf der Grundlage einer politisch-moralischen Einheit, die alle Schichten der Bevölkerung umfaßt.“³⁾

Auf solchen Grundlagen entstehen harmonische Beziehungen zwischen der Persönlichkeit und der Gesellschaft, zwischen dem Individuum und dem Staat. Den werktätigen Menschen gewährleistet der Sozialismus die günstigsten materiellen und geistigen Lebensbedingungen; er ermöglicht es jedem Menschen, seine Individualkraft frei zu entfalten. Das Leben in unserer Republik, die Entwicklung jedes einzelnen Bürgers, widerlegt die bürgerlichen Theorien, die behaupten, daß die Existenz einer

2) Grußadresse des ZK der SED an den 11. Parteitag, 2. Bulletin, S. 3

3) Referat des Parteivorsitzenden auf dem 11. Parteitag, 2. Bulletin, S. 7

sozialistischen Staatlichkeit, die sich auf gesellschaftliches Eigentum an Produktionsmitteln stützt, im Widerspruch zum natürlichen Bestreben der Menschen nach Freiheit und Entwicklung ihrer Individualität stehe.

Um diese Fragen, nämlich das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft, die Vereinigung der persönlichen mit den gesellschaftlichen Interessen, die in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus auf die Tagesordnung gesetzt und schrittweise gelöst werden, zu beantworten, muß man von folgenden zwei Grundsätzen ausgehen:

1. Der Mensch ist ein gesellschaftliches Wesen. Deshalb hängt sein Wohlergehen im gesamten wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Leben unmittelbar vom ökonomischen, politischen und kulturellen Entwicklungsniveau der Gesellschaft ab.
2. Die Interessen der Gesellschaft sind gegenüber den privaten stets primär. Die gesellschaftlichen Interessen sind umfassender als die des einzelnen Menschen, der einen Teil der Gesellschaft darstellt.

Indem der sozialistische Staat die Abhängigkeit der Rechtsstellung des Menschen vom Privateigentum, von seiner sozialen Herkunft, von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Nation oder Rasse, vom Geschlecht und vom Glaubensbekenntnis beseitigt, ruft er völlig neue Maßstäbe für die tatsächliche Stellung des Menschen in der Gesellschaft ins Leben, wie beispielsweise die persönlichen Fähigkeiten oder die persönlich-gesellschaftlich nützliche Arbeit. Persönliche Fähigkeiten und persönliche Arbeit für das allgemeine Wohl bedeuten in der sozialistischen Gesellschaft Ruhm für den Menschen.

In der Periode des Aufbaus des Sozialismus und Kommunismus entstehen in den Beziehungen zwischen den Menschen völlig neue Verhaltensregeln, die von folgenden Gesichtspunkten bestimmt werden:

1. Auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln besteht kein Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der Art und Weise der Aneignung mehr; damit sind die Wurzeln des Kampfes der Individuen gegeneinander um den entsprechenden Platz und die entscheidende Rolle im Wirtschaftssystem, um die Art und Weise und das Maß der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums beseitigt.
2. Auf der Grundlage des sozialistischen Eigentums entwickelt sich ein neuer Typus der menschlichen Beziehungen, für den solche humanistischen Prinzipien charakteristisch sind wie gegenseitige Hilfe, Zusammenarbeit und kameradschaftlicher Wettbewerb in der gemeinsamen Arbeit der Mitglieder der Gesellschaft, die von der Ausbeutung befreit und zutiefst an der Entwicklung der Wirtschaft und Kultur interessiert sind.
3. Auf der Grundlage der sozialistischen Staatlichkeit, die sich durch die unumschränkte Macht der Werktätigen mit der Arbeiterklasse an der Spitze, durch die Vollberechtigung und

Gleichberechtigung aller Werktätigen auszeichnet, entwickeln sich wahrhaft demokratische Rechtsverhältnisse zwischen den Menschen sowie zwischen den Bürgern und dem Staat.

Die richtige Vereinigung der Interessen des einzelnen mit den gesellschaftlichen Interessen ist der sichere und zuverlässige Weg zur Festigung und allgemeinen Einhaltung der Regeln des sozialistischen Gemeinschaftslebens, zur Entwicklung der sozialistischen Staatlichkeit und zur Erziehung der Menschen im Geiste der Idee des Sozialismus/Kommunismus. Die richtige Vereinigung der Interessen bedeutet vor allem die Priorität des Wohlstandes der Gesellschaft und der Interessen des Staates, weil der Mensch seinen Wohlstand nur dann heben kann, wenn er durch seine Arbeit den Reichtum der sozialistischen Gesellschaft mehrt und die Macht seines Staates festigt.

Das bedeutet allerdings nicht, daß nicht in einzelnen Fällen noch Widersprüche zwischen den persönlichen und den gesellschaftlichen Interessen entstehen können. Der Mensch in seiner Eigenschaft als Privatperson rückt teilweise andere Interessen in den Vordergrund, als sie der gleiche Mensch als Mitglied eines Kollektivs vertritt. In der sozialistischen Gesellschaft dominiert jedoch die harmonische Vereinigung der persönlichen und der gesellschaftlichen Interessen. Der Sozialismus und noch besser der Kommunismus verbinden die persönlichen und die gesellschaftlichen Interessen miteinander, indem sie jedem Mitglied der Gesellschaft gleiche Möglichkeiten für die schöpferische Arbeit und für seine Bildung einräumen.

Da die für die materielle Produktion notwendige Zeit weiter verringert wird, werden sich die Möglichkeiten für die Entfaltung der Fähigkeiten der Menschen auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens erweitern. Für Wissenschaft und Technik, Literatur und Kunst wird bei den Menschen ein größeres Interesse geweckt und mehr Verständnis vorhanden sein. Die Verlängerung der Freizeit wird es ihnen gestatten, sowohl der gesellschaftlichen Tätigkeit als auch dem kulturellen und künstlerischen Schaffen sowie der Körperkultur mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Die Verhältnisse der Abhängigkeit und Ungleichheit zwischen den Menschen im gesellschaftlichen und im häuslichen Leben verschwinden. Deshalb ist der Sozialismus und Kommunismus realer, echter Humanismus, der alle Voraussetzungen nicht nur für die völlige und allseitige Entwicklung der Persönlichkeit, sondern auch für ihre aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben bietet.

Die Gleichheit im Sozialismus und Kommunismus kann man allerdings nicht so verstehen, als würden alle Unterschiede zwischen den Menschen beseitigt; es verschwinden solche Unterschiede und Bedingungen, die einen Unterschied in der sozialen Stellung der Menschen hervorbringen können. Es ist also eine Gleichheit, bei der die Verschiedenheit der Tätigkeiten keine Ungleichheit, kein Vorrecht des Besitzes und Genusses begründet. Sozialistische Gleichheit bedeutet vor allem, daß die Arbeit aller mit dem gleichen Maß gemessen wird,

nämlich mit dem der Leistung und ihrer Nützlichkeit für die Gesellschaft. Ein anderes Privileg gibt es nicht.

Es eröffnen sich für die Gesellschaft unbegrenzte Perspektiven, wenn die Fähigkeiten und Talente eines jeden Menschen zur vollen Entfaltung kommen, wenn sie fruchtbar genutzt und nicht nutzlos vergeudet werden.

*

In der Deutschen Demokratischen Republik bildete sich die politisch-moralische Einheit der Bevölkerung im Verlaufe der sozialistischen Revolution heraus; sie wird immer mehr zu einer mächtigen Triebkraft unserer Entwicklung. Sie ist die stärkste Kraft des Friedens in Deutschland und die größte nationale Errungenschaft. Die politisch-moralische Einheit unterliegt im Prozeß der sozialistischen Revolution der ständigen Vervollkommnung. Sie ist die Gemeinschaft freier, assoziierter Menschen, eine soziale Gemeinschaft. Die politisch-moralische Einheit ist von zwei Faktoren abhängig:

1. von der Entstehung, Festigung und Entwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse, der Entfaltung der Produktivkräfte und des sozialistischen Wirtschaftssystems im Ergebnis der Veränderung der Produktions- und Klassenverhältnisse;
2. vom Grad und der Verbreitung des sozialistischen Bewußtseins unter der Masse der Bevölkerung.

Daraus läßt sich deutlich erkennen, daß der Prozeß der Herausbildung der politisch-moralischen Einheit eng an die verschiedenen Etappen der Entwicklung unserer Republik gebunden ist. Der humanistische, von Anfang an wahrhaft demokratische Charakter der Politik der Arbeiter-und-Bauern-Macht findet seinen besonderen Ausdruck in der Achtung des schaffenden Menschen, ganz gleich, ob schwarz oder weiß, jung oder alt, Mann oder Frau. Zunächst galt es, die gesetzliche Gleichberechtigung herzustellen. Es sei hier nur an einige einschneidende und grundlegende gesetzliche Maßnahmen in der Entwicklung erinnert.

Mit Inkrafttreten der Verfassung der DDR wurde im Artikel 7 die Gleichberechtigung der Frau neben dem Manne gesetzlich festgelegt. Es wurden alle Gesetze, die der Gleichberechtigung widersprachen, außer Kraft gesetzt. In der Landwirtschaft ging es vor allem darum, die Überreste der alten Gesindeordnung zu beseitigen. Es mußte endlich Schluß gemacht werden mit der Praxis, die Bäuerinnen, Knechte und Mägde als zweit-rangige, minderwertige Menschen zu behandeln, mit denen man nach Belieben verfahren konnte.

Die gesetzliche Gleichberechtigung aber ist nur der erste Schritt in der Durchsetzung der vollen Gleichberechtigung. Besondere Bedeutung bei der Herausbildung der politisch-moralischen Einheit nimmt die allseitige Befreiung der Frauen und Jugendlichen ein, die in der kapitalistischen Gesellschaft eine besonders rechtlose und unterdrückte Stellung innehatten und -haben. Sie müssen unter allen Umständen ökonomisch

unabhängig sein, um am politischen, gesellschaftlichen, sportlichen und kulturellen Leben teilnehmen zu können. Schon August Bebel bekannte in seinem Werk „Die Frau und der Sozialismus“ (Dietz Verlag, 1959, Seite 309 f.), daß die allgemeine Befreiung der Menschheit eine immense Bedeutung für die Entwicklung zum Kommunismus hat. Er schreibt:

„Was für die Pflanze guter Boden, Licht und Luft, sind für den Menschen gesunde soziale Verhältnisse, die ihm die Entfaltung seiner geistigen und körperlichen Anlagen gestatten ... Sind aber die sozialen Entwicklungsbedingungen für beide Geschlechter die gleichen, besteht für keines irgend eine Hemmung und ist der Sozialzustand der Gesellschaft ein gesunder, so erhebt auch die Frau sich auf die Höhe der Vollkommenheit ihres Wesens, von dem wir noch gar keine rechte Vorstellung besitzen, weil bisher ein solcher Zustand in der Entwicklungsgeschichte der Menschen fehlte.“

Die Gleichberechtigung und allseitige Entwicklung der Menschen hat also ihre feste Grundlage im Bestehen der Arbeiter-und-Bauern-Macht und der mit dieser verbundenen sozialistischen Produktionsverhältnisse. Bereits in der Periode der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung 1945 bis 1949 wurden in der DDR die wichtigsten Voraussetzungen für die Entstehung der politisch-moralischen Einheit geschaffen. Mit der Bildung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien wurde der Keim zu dieser Einheit gelegt. Von besonderer Bedeutung für die Formierung und Stabilisierung dieser antifaschistisch-demokratischen Einheit waren die Schaffung der Einheit der Arbeiterklasse und die Durchsetzung ihrer Hegemonie, die Errichtung der revolutionär-demokratischen Staatsmacht, die Enttarnung und Entmachtung der Monopolisten, Junker und Militaristen, die Schaffung des Volkseigentums, das feste Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Schichten und die Entstehung des antifaschistisch-demokratischen Bewußtseins bei den Massen.

Zunächst war die Einheit der antifaschistisch-demokratischen Kräfte vornehmlich ein politisches Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft, den Mittelschichten und antihitlerischen bürgerlichen Kreisen; ihr Ziel war die Beseitigung der ökonomischen, politischen und geistigen Grundlagen des deutschen Imperialismus und die Errichtung eines demokratischen Deutschlands. Dieses vorwiegend politische Bündnis wurde aber bereits in den ersten Nachkriegsjahren durch ökonomische Faktoren mitbestimmt. Von großer Bedeutung, vor allem für die Entwicklung der werktätigen Bauern, für die Beseitigung ihrer Abhängigkeit von den Großbauern, waren die Gründung von Maschinen-Ausleih-Stationen und die Kredithilfe für Neubauern. Die Handwerker und privaten Unternehmer wurden über das Vertragssystem der volkseigenen Wirtschaft in die Wirtschaftsplanung einbezogen. Ihre Existenzunsicherheit hatte damit ein Ende.

Mit dem Übergang zur sozialistischen Revolution vollzog sich die weitere Herausbildung der Übereinstimmung zwischen persönlichen und gesellschaftlichen Interessen. In der Periode der

Schaffung der Grundlagen des Sozialismus in der Industrie und der beginnenden sozialistischen Umwälzung in der Landwirtschaft bildete sich allmählich die politisch-moralische Einheit heraus und festigte sich in diesem Prozeß. Die bis dahin bestehende antifaschistisch-demokratische Einheit, vorwiegend beruhend auf dem politischen Bündnis der Parteien, wurde damit auf eine qualitativ höhere Stufe gehoben. Die Entstehung sozialistischer Produktions- und Klassenverhältnisse, die Herausbildung des sozialistischen Bewußtseins beschleunigten den Prozeß der Festigung dieser Einheit.

Sozialistischer Wettbewerb, Aktivisten- und Neuererbewegung wurden zu den vorwärtstreibenden Faktoren in der Industrie. Die Klasse der Genossenschaftsbauern konstituierte sich nach und nach zu einer fortschrittlichen, auf der Grundlage der gleichen Stellung zu den Produktionsmitteln geeinten Kraft auf dem Lande heran. Damit entstanden qualitativ neue Beziehungen innerhalb der Arbeiterklasse und der Klasse der Genossenschaftsbauern, aber auch zwischen ihnen. In dieser Periode vertieften sich neben den politischen Beziehungen zugleich auch die ökonomischen, die immer neue Bereiche erfaßten.

Die Frage der politischen Macht war endgültig zugunsten der Arbeiterklasse entschieden. Es bestand jetzt die Möglichkeit, breitere Schichten der Bevölkerung in den sozialistischen Aufbau einzubeziehen. Die III. LPG-Konferenz im Dezember 1954 faßte einen Beschluß, wonach es möglich war, daß Großbauern, die sich dem Staat gegenüber loyal verhielten, in eine LPG eintreten können. Damit war auch ihnen der Weg zur Klasse der Genossenschaftsbauern, der Weg von der einzelbäuerlichen Produktionsweise zur sozialistischen Großproduktion in der Landwirtschaft geebnet. Der Prozeß auch ihrer allseitigen Befreiung und der Entwicklung zur sozialistischen Persönlichkeit begann.

Im Oktober 1955 wurde den mittleren und kleinen Unternehmern durch einen Beschluß des 25. Plenums des Zentralkomitees der SED über den Weg der staatlichen Beteiligung ihre Perspektive im Sozialismus eröffnet. Damit sind auch sie in der Lage, die ihnen noch anhaftenden Fesseln des Kapitalismus abzuwerfen und ihre Talente und Fähigkeiten auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet voll zu entfalten. Den privaten Einzelhändlern wurde die Möglichkeit gegeben, durch den Abschluß eines Kommissionsvertrages einen beachtlichen Einfluß auf die bessere Versorgung der Bevölkerung auszuüben; gleichzeitig wurde ihnen eine sichere Existenzgrundlage im Sozialismus gegeben. Alle Klassen und Schichten der Bevölkerung waren somit in den sozialistischen Aufbau einbezogen, hatten die Möglichkeit, aktiv an der Gestaltung des sozialistischen Staats- und Wirtschaftssystems mitzuwirken.

Mit der weiteren Entwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse, in der Periode ihres Sieges, entwickelte sich auch die politisch-moralische Einheit weiter. Die Nationale Front wurde in dieser Etappe zu einer sozialistischen Volks-

bewegung. Dies findet seinen Ausdruck besonders in der Entwicklung neuer, höherer Formen der gegenseitigen Hilfe und Zusammenarbeit im gesellschaftlichen Leben (etwa in den Mieter selbstverwaltungen in den Hausgemeinschaften) und in der Produktion (Kollektive und Brigaden der sozialistischen Arbeit, sozialistische Arbeitsgemeinschaften zwischen Arbeitern und Wissenschaftlern). In der Losung „Sozialistisch arbeiten, lernen und leben“ kommt die Übereinstimmung der Grundinteressen der Arbeiterklasse mit dem gesellschaftlichen Gesamtinteresse zum Ausdruck.

Die Losung „Plane mit – arbeite mit – regiere mit!“ und deren Verwirklichung hoben die Herausbildung der politisch-moralischen Einheit durch das Entstehen einer neuen Qualität der sozialen Beziehungen zwischen den Menschen auf eine höhere Stufe. Marksteine in dieser Etappe waren das Gesetz über die „Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates“ vom 11. Februar 1958, die Bildung des Staatsrates der DDR sowie dessen Programmatische Erklärung vom 4. Oktober 1960.

Ein qualitativ neuer Abschnitt unseres sozialistischen Aufbaus wurde nach dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse und mit dem Übergang zum umfassenden Aufbau des Sozialismus eingeleitet. Nach der Sicherung der Staatsgrenze am 13. August 1961 konnten die ökonomischen Gesetze des Sozialismus voll und ganz genutzt und verwirklicht werden. Das auf dem VI. Parteitag der SED im Jahre 1963 angenommene Programm des Sozialismus ist die Richtschnur für das Handeln jedes Bürgers unserer Republik. Es ist zugleich Ausdruck der immer größeren Übereinstimmung der persönlichen Interessen der Menschen mit den Interessen der sozialistischen Gesellschaft.

Die ehemaligen Angehörigen des Mittelstandes, die Genossenschafts- und privaten Handwerker, die Komplementäre und privaten Unternehmer, Kommissions- und privaten Einzelhändler haben sich zu den Grundsätzen unserer Staats- und Wirtschaftspolitik bekannt und durch gute Leistungen in ihren Betrieben zur Stärkung unserer Republik beigetragen. Sie haben durch ihre praktische Arbeit bewiesen, daß jeder Bürger in unserer sozialistischen Gesellschaft die Möglichkeit hat, mit seinen Kenntnissen und Fähigkeiten am umfassenden Aufbau des Sozialismus teilzunehmen und sie zum Wohle des Volkes einzusetzen. Sie sind immer mehr zu sozialistisch arbeitenden Werktätigen geworden.

Auf der Grundlage allseitiger sozialistischer Produktionsverhältnisse und des sozialistischen Wirtschaftssystems sowie der sich daraus ergebenden Veränderungen im Bewußtsein der Menschen kann sich nun auch die politisch-moralische Einheit der Bevölkerung der DDR voll entfalten; denn – so wurde im Programm des Sozialismus formuliert –

„Umfassender Aufbau des Sozialismus heißt: Die neuen sozialistischen Beziehungen zwischen den Werktätigen zu ent-

wickeln und zu vertiefen. Hohes Bewußtsein, Arbeitsfreude und Ergebenheit gegenüber den Interessen der Gesellschaft werden hervorragende Eigenschaften der Menschen der sozialistischen Gesellschaft sein.“

(Programm der SED, S. 322)

Eines der Ergebnisse der Ablösung der unfreien Arbeit in der DDR ist, daß die Bürger in ihren Beziehungen zur Gesellschaft, zum Staat und untereinander gleichberechtigt sind. Diese Tatsache wirklicher und echter Gleichberechtigung findet in der wachsenden politisch-moralischen Einheit ihren Ausdruck, die sich als eine immer wirksamere Kraft erweist und die allen bisherigen gesellschaftlichen Kräften weit überlegen ist. Die Bevölkerung der DDR wird zu einer wahren Menschengemeinschaft zusammengeführt. Der revolutionäre Kampf der Arbeiterklasse um den Sozialismus, um die Befreiung der Nation, die fortschrittlichen, humanistischen Traditionen des deutschen Bürgertums, der Kampf hervorragender Christen um den Frieden, die Kämpfe der Bauern für ihre Befreiung, das Ringen der Frau um die Gleichberechtigung, der Kampf der Jugend gegen Militarismus und Krieg, der Widerstand ehemaliger Offiziere der faschistischen Wehrmacht gegen die Hitlerdiktatur – alle diese Überlieferungen und Bestrebungen vereinen Menschen der verschiedensten Weltanschauungen zum gemeinsamen Kampf. Die verschiedenen Parteien und Massenorganisationen, die im Block und der Nationalen Front zusammengeschlossen sind, bilden im System der Arbeiter- und Bauern-Macht Verbände, die die Bürger zur demokratischen Leitung der Wirtschaft und des Staates heranziehen und ihr gesellschaftlich-sozialistisches Bewußtsein entwickeln.

Auf diese Weise wird unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats ein ganzes System der demokratischen Leitung geschaffen, das auf der Aktivität und der Initiative der breiten Masse beruht. Die Trennung von Verwaltungsapparat und Volk, von Staatsmacht und Bevölkerung ist damit beseitigt. Zum ersten Male in der deutschen Geschichte werden die Bürger in Kollektive von Menschen eingereiht, die unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei ihre allseitige Befreiung und Gleichberechtigung voranbringen und den objektiven gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß kennenlernen und durchsetzen helfen.

Die führende Rolle der Arbeiterklasse im Befreiungsprozeß setzt das Bündnis mit anderen Klassen und Schichten – ausgenommen die reaktionären, antinationalen Kräfte – voraus. Bereits Friedrich Engels schrieb 1845, daß zu den kommunistischen Streitkräften die demokratischen Massen gehören (Marx-Engels, Werke, Band II, S. 613). Dieses Bündnis der Arbeiterklasse mit allen anderen demokratischen Kräften findet seinen Ausdruck besonders im Mehrparteiensystem, wie es seit 1945 in unserer Republik verwirklicht wird.

Das gemeinsame Ziel der Zerschlagung des Faschismus und der Errichtung demokratischer Verhältnisse verband zunächst

die Angehörigen der verschiedenen Parteien im gemeinsamen Kampf. Das war der Ausgangspunkt für das Entstehen der Gemeinsamkeiten der demokratischen Parteien, der Blockpolitik, zur Verwirklichung der Bündnispolitik. Das bedeutet aber nicht, daß das Mehrparteiensystem eine allgemeine Gesetzmäßigkeit der sozialistischen Revolution ist, sondern es ist eine nationale Besonderheit des jeweiligen Landes, eine mögliche, aber wichtige Methode zur Verwirklichung der sozialistischen Revolution und der Bündnispolitik in diesem betreffenden Land.

Das Mehrparteiensystem im Sozialismus ist eine völlig neue historische Erscheinung. Es stellt eine theoretische Bereicherung des Marxismus-Leninismus dar, die sich in der Praxis herausgebildet und bewährt hat. Das Mehrparteiensystem besitzt vollkommen andere Grundlagen als die kapitalistischen Koalitionen. Während das Mehrparteiensystem im Kapitalismus Ausdruck der Widersprüche und Instrument des Klassenkampfes ist, ist es im Sozialismus ein Mittel zum gemeinsamen Kampf aller Volkskräfte. Die Grundlage und die Stellung des Mehrparteiensystems charakterisierte August Bach in seinem Referat auf dem 11. Parteitag der CDU wie folgt:

„Das Ergebnis dieser Entwicklung – dessen sind wir gewiß – ist die weitere Stärkung der auf ein friedliches und demokratisches Deutschland gerichteten Kräfte unseres Volkes. Ihre starke Basis, ja ihr wichtigstes Instrument in diesem Kampf ist unser deutscher Arbeiter- und Bauern-Staat mit seiner sozialistischen Ordnung. Je weiter wir sie vervollkommen, je mehr wir sie festigen, desto schneller und wirkungsvoller kommen wir voran bei der Erfüllung der geschichtlichen Aufgaben unserer Republik: den Frieden zu erhalten, die Geschicke unserer Nation zum Guten zu wenden und ganz Deutschland zu neuer Blüte zu führen.“

Unsere Partei ist auf diesem Wege und bei seiner tatkräftigen Mitgestaltung ihrem Gründungsauftrag vollauf treu geblieben. Die damals als rettender Ausweg aus dem politischen Gegeneinander der Volkskräfte geborene Forderung nach enger Zusammenarbeit aller demokratischen Parteien ist in der großen sozialistischen Volksbewegung der Nationalen Front, in der politisch-moralischen Einheit unseres Volkes Wirklichkeit geworden. In unserem sozialistischen Staat haben wir christlichen Demokraten unseren geachteten und verpflichtenden Platz.

Die damals ausgesprochene Erkenntnis von der besonderen Verantwortung und Kraft der Arbeiterklasse hat heute Gestalt gewonnen in dem vertrauensvollen Zusammenwirken aller Parteien im Demokratischen Block. Das erprobte und bewährte Mehrparteiensystem unserer Republik unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse ist untrennbarer Bestandteil der Ordnung unserer Republik.“⁴⁾

4) Referat des Parteivorsitzenden auf dem 11. Parteitag, 2. Bulletin, S. 32

Im Laufe der Durchführung der sozialistischen Revolution in unserer Republik hat sich das Mehrparteiensystem ständig weiterentwickelt; die Zusammenarbeit ist konkreter, das Bündnis damit enger geworden. Die ehemals bürgerlichen Parteien haben sich zu demokratischen Parteien der Nationalen Front entwickelt, ihre Mitglieder haben sich durch die sozialistische Umgestaltung in die Kollektive der sozialistisch arbeitenden Werktätigen eingereiht.

Das Mehrparteiensystem im Sozialismus verkörpert die Gemeinsamkeit der Grundinteressen aller Schichten der Bevölkerung. Es ist ein Ausdruck und eines der Instrumente des Bündnisses aller Werktätigen mit dem Ziel, den Sozialismus aufzubauen, den Frieden zu sichern und das Aufblühen der deutschen Nation zu gewährleisten. Es dient dem Zusammenschluß des Volkes um die Arbeiterklasse; es ist also unmittelbarer Ausdruck der politisch-moralischen Einheit unseres Volkes und dient zugleich der weiteren Festigung dieser Einheit, indem es auf die parteilosen Bürger als erstrebenswertes Vorbild der Einheit und Geschlossenheit wirkt. Unionsfreund Dr. Johann-Gottfried Neumann deutete die dem Mehrparteiensystem innewohnende politische Kraft in seinem Diskussionsbeitrag auf dem 11. Parteitag der CDU wie folgt:

„Weil aber diese Einheit und Geschlossenheit in den Grundfragen unserer Nation in einer echten Bewältigung der Vergangenheit einem Wachstumsprozeß in allen Kreisen unserer Bevölkerung entspricht, deshalb ist diese politische Kraft zugleich Ausdruck einer echten geistigen Freiheit, sie sich nur gebunden weiß im Gesamtinteresse und damit zugleich dem des einzelnen Bürgers.“⁵⁾

Auch von dort her wird verständlich, was in den Thesen der Ideologischen Kommission beim Politbüro des Zentralkomitees der SED zum 15. Jahrestag der DDR ausgedrückt wird:

„Noch niemals in der deutschen Geschichte war die Gemeinsamkeit der friedliebenden und patriotischen Kräfte unseres Volkes so fest und unzerstörbar wie heute in der Deutschen Demokratischen Republik. Mit der moralisch-politischen Einheit der Bevölkerung entstand eine gesellschaftliche Kraft, die unbesiegbar ist und der in ganz Deutschland die Zukunft gehört.“⁶⁾

Mit Hilfe der Blockpolitik werden die bestehenden Widersprüche, die im Laufe der sozialistischen Revolution auftreten, leichter gelöst und beseitigt.

Das bestimmende Merkmal des Mehrparteiensystems ist die führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse im gesellschaftlichen, staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben und darüber hinaus auch in der Zusammenarbeit der Parteien und Massenorganisationen in der Nationalen Front. Überzeugung, Unterstützung und Beispiel sind die demokratischen Führungs-

methoden der Arbeiterklasse im Mehrparteiensystem. Die anderen demokratischen Parteien nehmen durch Vorschläge und durch unmittelbare Beteiligung an der Machtausübung in den Staatsorganen aktiven Anteil am Aufbau des Sozialismus. Ihre spezifischen Beiträge zur Unterstützung der Politik entsprechen ihren speziellen Kenntnissen und Erfahrungen, den spezifischen Traditionen und weltanschaulichen Positionen der Schichten der sozialistischen Werktätigen, die sie vorwiegend repräsentieren. Wolfgang Heyl hat den Beitrag der CDU in seinem Referat auf dem 11. Parteitag wie folgt umrissen:

„Wir wollen aus christlicher Verantwortung den Menschen unserer Tage dazu verhelfen, unsere Entwicklung zu verstehen. Sie sollen selbst in der Lage sein, an ihrer eigenen Zukunft mitzugestalten. Schon immer haben wir das als unseren spezifischen Beitrag zur Festigung unserer Deutschen Demokratischen Republik, zur Festigung der politisch-moralischen Einheit unseres Volkes betrachtet, den uns niemand anders abnehmen kann.“⁷⁾

In seinem Schlußreferat auf dem 11. Parteitag charakterisierte Gerald Götting diesen spezifischen Beitrag mit folgenden Worten:

„Die Begegnung vom 9. Februar 1961 in Berlin und die Unterredung am 18. August 1964 auf der Wartburg wären undenkbar gewesen, wenn nicht Hunderttausende Christen unserer Republik sich in ihrer politischen Haltung und ihren gesellschaftlichen Taten für die friedliche Politik unseres Staates und für die gemeinsame Arbeit aller Bürger am Aufbau des Sozialismus entschieden hätten. Diese Entscheidung wiederum wurde politisch vorgezeichnet und beispielhaft praktiziert von den Mitgliedern unserer Partei. So haben wir, liebe Freunde, einen wesentlichen Anteil daran, daß jene tragfähigen und in die Zukunftweisenden Voraussetzungen geschaffen werden konnten, auf denen sich heute die moralisch-politische Einheit von Marxisten und Christen gestaltet und immer mehr festigt. Darin liegt die wichtigste Errungenschaft unseres gemeinsamen Kampfes...“⁸⁾

Die Mobilisierung aller Werktätigen für die Lösung der ökonomischen Aufgaben beim umfassenden Aufbau des Sozialismus ist zur Zeit die Hauptaufgabe aller Parteien. Sie alle nehmen aktiv teil an der Leitung von Staat und Wirtschaft und tragen somit zur Weiterentwicklung und Festigung der politisch-moralischen Einheit unseres Volkes unmittelbar bei. Auf dem VI. Parteitag der SED im Jahre 1963, auf dem das Programm für den umfassenden Aufbau des Sozialismus angenommen wurde, zu dem sich dann alle Blockparteien bekannten, betonte Walter Ulbricht, daß „sich auch die Blockparteien mehr als bisher den Problemen der Durchführung des Planes

5) Dr. Neumann auf dem 11. Parteitag der CDU, 3. Bulletin, S. 4

6) Thesen der Ideologischen Kommission beim Politbüro des Zentralkomitees der SED zum 15. Jahrestag der DDR, ND Nr. 231 vom 22. 8. 1964

7) Wolfgang Heyl auf dem 11. Parteitag der CDU, 3. Bulletin, S. 19

8) Gerald Götting, Schlußwort auf dem 11. Parteitag der CDU, 5. Bulletin, S. 17

und der sozialistischen Ökonomik widmen müssen. Sie dürfen sich nicht auf Teilfragen beschränken.“ Mit dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse und der Veränderung der Klassenstruktur sind also neue Bedingungen für das Wirken der Blockparteien geschaffen; neue Aufgaben harren ihrer Lösung.

Das macht erforderlich, daß die Vorstände und Mitglieder der Parteien verstärkt in der Nationalen Front mitarbeiten, weil gerade im Rahmen dieser gewaltigen Volksbewegung die Spezifik der einzelnen Parteien, aber zugleich auch die führende Rolle der Arbeiterpartei verwirklicht werden können. So übergab bereits im Jahre 1963 der größte Teil der Ortsgruppen der CDU ihre aus dem Volkswirtschaftsplan abgeleiteten Arbeitsprogramme den Ortsausschüssen der Nationalen Front und stellte sich damit bewußt unter die öffentliche, gesellschaftliche Kontrolle.

Immer mehr rücken die ideologischen Probleme der ökonomischen Aufgaben in den Mittelpunkt der Arbeit der Blockparteien. Der Kampf um die allseitige Durchsetzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus auf allen Gebieten der Volkswirtschaft, die Erziehung aller Parteimitglieder und nahestehenden Schichten der sozialistischen Werktätigen zum ökonomischen Denken muß im Mittelpunkt der Parteiarbeit stehen.

*

Die Entfaltung der politisch-moralischen Einheit ist, wie aus der bisherigen Darstellung hervorgeht, ein komplizierter Entwicklungsprozeß. Diese Einheit zu festigen fordert, eine Vielfalt von Initiativen, Talenten und Fähigkeiten in allen Bevölkerungsschichten aufzudecken und wirksam werden zu lassen. Aus allem Gesagten ergibt sich, daß in der Etappe des umfassenden Aufbaus des Sozialismus die höhere Qualifizierung und Schulung, d. h. die Herausbildung eines sozialistischen Staatsbewußtseins, gesetzmäßig zur Kernfrage der gesamten Arbeit geworden ist.

In der Entwicklung des Mehrparteiensystems spiegelt sich die neue Qualität der sozialen Beziehungen nach dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse wider. Das Charakteristische in der Zusammenarbeit der Parteien und in der Tätigkeit der einzelnen Blockparteien ist jetzt nicht mehr, die Beziehungen zwischen sozialökonomisch unterschiedlichen Klassen und Schichten herzustellen und zu festigen und die mit der Arbeiterklasse verbündeten Schichten an den Sozialismus heranzuführen, sondern zu Kernfragen auch des Bündnisses werden jetzt die Festigung der sozialistischen Produktionsverhältnisse und die Entwicklung sozialistischer Beziehungen im Rahmen der ganzen Gesellschaft durch die rasche Entfaltung der Produktivkräfte auf allen Gebieten.

Hauptinstrument für den Aufbau des Sozialismus ist die Staatsmacht. Die Nationale Front unterstützt durch ihre erzieherische Arbeit die Leitungstätigkeit der Organe der Staats-

macht. Nationale Front und Staatsmacht bestehen nicht nebeneinander, sie stehen sich auch nicht gegenüber. Die Nationale Front repräsentiert die gesamte Politik der Arbeiter-und-Bauern-Macht, die Politik aller gesellschaftlichen Kräfte in der DDR unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei. Die Nationale Front hat also die Aufgabe der Erziehung der Menschen zum Sozialismus und die der Mobilisierung der Massen für diese Aufgabe. Die Mitglieder aller Parteien sowie alle parteilosen Bürger müssen infolgedessen in den sozialistischen Erziehungsprozeß einbezogen werden.

Die staatlichen Organe wiederum können nur wirksam leiten, wenn es eine Kraft gibt, die die Masse der Bevölkerung an die Lösung der staatlichen Aufgaben heranzuführt — das ist die Arbeit der Nationalen Front. Die Hauptaufgabe der Nationalen Front ist es, Menschen zu erziehen, die erfüllt sind von hohem sittlichem Bewußtsein, von Solidarität für alle fortschrittlichen, demokratischen Kräfte, von Begeisterung für die Gestaltung des neuen, sozialistischen Deutschland; Menschen, die bereit sind zum Kampf gegen die Feinde des schaffenden Volkes und für unser sozialistisches Aufbauwerk.

II. Die Nationale Front vereint alle Bürger unserer Republik im Kampf für Frieden und Sozialismus

Aus den bisherigen Darlegungen ergibt sich die Schlußfolgerung, daß allein die deutsche Arbeiterklasse nach den Entwicklungsgesetzen der Gesellschaft, im Bündnis mit den werktätigen Bauern und den anderen werktätigen Schichten, befähigt ist, in Deutschland die kapitalistische Ausbeutergesellschaft zu beseitigen und den Sozialismus zum Siege zu führen. Die Arbeiterklasse ist auch in Deutschland vor die geschichtliche Aufgabe gestellt, die Führung der Nation zu übernehmen. — In den nun folgenden Ausführungen soll zunächst gezeigt werden, wie die deutsche Arbeiterklasse — unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Kampfpartei — stets die Interessen der Nation vertrat.

Bereits im Jahre 1930 bewies die KPD in ihrem „Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“, daß nur die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und die Gewinnung breiter Volksmassen der einzig mögliche Weg ist, der faschistischen Diktatur entgegenzutreten. Diese Notwendigkeit wurde im Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 25. März 1932, der zur antifaschistischen Aktion auf-

forderte, erneut begründet. Ernst Thälmann forderte in seinem offenen Brief vom 27. Februar 1933 die Sozialdemokraten zur Bildung der Einheitsfront auf. Darin heißt es u. a.:

„Wenn wir gemeinsam kämpfen, werden wir Millionen von armen Bauern auf dem Lande, Millionen von Angestellten, Beamten, Mittelständlern in den Städten mit uns reißen in die gemeinsame Front des antifaschistischen Freiheitskampfes.“⁹⁾

Die KPD war also bestrebt, alle Menschen, die sich gegen die faschistische Unterdrückung stellten, unter einem Banner, dem des Kampfes für den Frieden und gegen den Faschismus, zu vereinigen. Vor allem rangen solche hervorragenden Vertreter der KPD wie Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht beharrlich um die Herstellung der Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse gegen die faschistische Diktatur und um die Schaffung der antifaschistischen Volksfront.

Sie standen auch an der Spitze des Kampfes um die Durchsetzung des Programms zum Sturz des faschistischen Regimes und um den Aufbau eines neuen, demokratischen Deutschlands. Vertieft wurde der Volksfrontgedanke auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale im August 1935, der die neue Strategie und Taktik zur Herstellung der Einheits- und Volksfront erarbeitete. Daraus zog die KPD auf ihrer Parteikonferenz in Brüssel im Oktober 1935 entsprechende Schlußfolgerungen:

„Die Parteikonferenz . . . beschloß eine Politik, die der neuen, nach der Machtergreifung des Hitlerfaschismus in Deutschland entstandenen Lage entsprach. Diese Politik der Partei rückte den Kampf um die demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes in den Mittelpunkt. Die neue Strategie und Taktik der Partei war auf den Sturz der Hitlerregierung, die Verhinderung des Krieges und die Schaffung einer Koalitionsregierung der Arbeitereinheit ausgerichtet.“¹⁰⁾

Die KPD entwickelte auf der Brüsseler Parteikonferenz das Programm zur Herstellung der Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse und zur Schaffung der antifaschistischen Volksfront, als Ausdruck eines breiten antifaschistisch-demokratischen Bündnisses, das von der Arbeiterklasse bis zur nationalgesinnten Bourgeoisie reichte. Die KPD war die einzige deutsche Partei, die mit ihrem nationalen Programm den Weg zur Lösung der nationalen Frage und zum Sozialismus in Deutschland wies.

Diese einzige deutsche Partei, die damals dem faschistischen Ansturm eine echte Alternative, ein mit den Erfordernissen der Zeit und den Gesetzmäßigkeiten der Menschheitsentwicklung übereinstimmendes Programm entgegenstellte, ist in der Bundesrepublik noch immer ihrer Legalität beraubt! Die Volksfront, heute angesichts der antinationalen und friedensbedrohenden Politik der westdeutschen Ultras nötiger denn je, be-

9) zitiert nach: W. Ulbricht „Wir erfüllen Ernst Thälmanns Vermächtnis“, Berlin 1953, S. 12

10) Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Dietz Verlag, Berlin 1963, S. 179

steht in der Bundesrepublik nicht. In der Deutschen Demokratischen Republik dagegen erfüllt diese Volksfront in Gestalt der Nationalen Front des demokratischen Deutschland ihre geschichtliche Aufgabe. August Bach charakterisierte diese Gesetzmäßigkeit in seinem Referat auf dem 11. Parteitag der CDU wie folgt:

„Die Fronten in Deutschland sind klar: Dort ein Staat, der zum Kriege drängt — hier ein Staat, der alles tut, um seine Friedensmission zu erfüllen! Dort ein Staat, der nichts unternommen hat, um die Vergangenheit zu bewältigen, sondern im Gegenteil nichts unterlassen hat, um diese Vergangenheit wieder zur friedensbedrohenden Gegenwart werden zu lassen — hier bei uns ein Staat, der im Bunde mit der Zukunft imstande ist, die Gegenwart zu gestalten und die Wende in der deutschen Geschichte, die Wende zum Guten, zu Frieden und Sozialismus herbeizuführen!“¹¹⁾

Unionsfreund Götting stellte in seinem Schlußwort auf dem 11. Parteitag der CDU hierzu analog fest:

„Mit aller Deutlichkeit zeigt die gegenwärtige Weltlage, daß wir uns in unserer Republik im Gleichschritt mit dem Gang der Weltgeschichte vorwärtsbewegen. Westdeutschland dagegen mit der friedensfeindlichen und antikommunistischen Politik seiner Regierung ist hinter der Entwicklung in der Welt, hinter unserer Deutschen Demokratischen Republik um eine ganze historische Epoche zurückgeblieben. Aber die Bundesrepublik wird nicht für immer ein Vorposten des kalten Krieges und ein Naturschutzpark des Monopolkapitalismus bleiben.“¹²⁾

Eine künftige Volksfront wird auch in der Bundesrepublik die Wende herbeiführen.

*

Die Idee der Volksfront verbreitete sich nach der Brüsseler Konferenz zunehmend. In Paris wurde im Jahre 1936 der „Ausschuß zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront“ gebildet. In ihm waren unter dem Vorsitz Heinrich Manns Kommunisten, Sozialdemokraten, parteilose Angehörige der Intelligenz und bürgerliche Politiker vereint. Angeregt durch das Zentralkomitee der KPD, veröffentlichte dieser Ausschuß im gleichen Jahr das erste programmatische Dokument zur Bildung einer deutschen Volksfront. Diesen Aufruf zur „Sammlung und Besinnung der Kräfte“ unterschrieben sowohl hervorragende Kommunisten wie Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht, Sozialdemokraten wie Rudolf Breitscheid als auch Vertreter der fortschrittlichen Intelligenz, Künstler und Schriftsteller wie z. B. Heinrich Mann, Lion Feuchtwanger, Arnold Zweig, Johannes R. Becher, Egon Erwin Kisch und Rudolf Leonhard.

11) Referat des Parteivorsitzenden auf dem 11. Parteitag der CDU, 2. Bulletin, S. 14

12) Gerald Götting auf dem 11. Parteitag der CDU, 5. Bulletin, S. 19

Während das faschistische Regime immer mehr zu offenen Aggressionen überging, Österreich und die Tschechoslowakei „heim ins Reich führte“, bildeten sich unter den Arbeitern und Bauern sowie den Angehörigen des Mittelstandes Keime einer Antikriegsbewegung, die sich in verschiedenen Widerstandsaktionen äußerte, heraus. Unter Berücksichtigung der neuen Situation, nämlich der ständig zunehmenden Kriegsgefahr, rief die Berner Konferenz der KPD 1939 die deutsche Arbeiterklasse und alle anderen deutschen Patrioten auf, sich zusammenzuschließen, den Hitlerfaschismus zu stürzen und eine deutsche demokratische Republik zu schaffen. Diese Republik sollte aus dem gemeinsamen Kampf aller patriotischen Kräfte hervorgehen – eine Republik, in der die Macht wahrhaft vom Volke ausgeht, in der die Arbeiterklasse im festen Bündnis mit der befreiten Bauernschaft, dem Mittelstand und der Intelligenz ein neues Leben in Frieden und Freundschaft mit allen Völkern aufbaut.

Schritt für Schritt wurden die Beschlüsse von Brüssel und Bern im antifaschistischen Kampf verwirklicht. In gemeinsamen Aktionen kommunistischer, sozialdemokratischer, christlicher und parteiloser Arbeiter in den Betrieben sowie in gemeinsamen Aktionen antifaschistischer Widerstandsgruppen wurde das offenbar. Besonders in den antifaschistischen Widerstandsgruppen wurde der Volksfrontgedanke verwirklicht, standen hier doch unter Führung der Kommunisten die Antifaschisten aller Klassen und Schichten zusammen.

Bei Ausbruch des Krieges sah sich die antifaschistische Widerstandsbewegung vor neue Aufgaben gestellt. Nachdem es nicht gelungen war, den Ausbruch des Krieges zu verhindern, galt es jetzt, alles zu tun, um ihn so schnell wie möglich zu beenden. Daß der Widerstandskampf an Stärke zunahm, besonders nach dem Überfall auf den jungen Sowjetstaat, zeigte der Aufruf von 158 Soldaten, Arbeitern, Bauern, Angestellten und Intellektuellen „An das deutsche Volk“ vom 10. Oktober 1941. Damit wurde deutlich, in welchem Maße sich die Politik der Partei der Arbeiterklasse auf alle Schichten auswirkte.

Zur Zeit der Schlacht an der Wolga verstärkte sich der Kampf der antifaschistischen Widerstandsgruppen in Deutschland immer mehr. Es galt nun, alle patriotisch gesinnten Kräfte in der Heimat und in der Emigration um ein nationales Zentrum des Widerstandskampfes zusammenzuschließen. Auf Initiative des Zentralkomitees der KPD und unter Anleitung bewährter Arbeiterführer vollzog sich am 12./13. Juli 1943 die Gründung des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ (NKFD). Ihm gehörten Vertreter aller Klassen und Schichten an, d. h. Arbeiter, Bauern, Angehörige der Intelligenz, Soldaten, Offiziere, Reichstagsabgeordnete der KPD, Gewerkschaftsfunktionäre, Schriftsteller, Vertreter aller politischen und religiösen Bekenntnisse. Präsident wurde der Schriftsteller Erich Wehnert, als Reichstagsabgeordnete gehörten dem Komitee Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und Wilhelm Florin an.

Das von der Gründungskonferenz einmütig beschlossene „Manifest an die Wehrmacht und das deutsche Volk“ gab Antwort auf die grundlegenden Lebensfragen der deutschen Nation. Es stellte eine folgerichtige und exakte Anwendung der Beschlüsse der Brüsseler und der Berner Konferenz der KPD auf die neue Lage in Deutschland dar. Das Nationalkomitee entwickelte sich zum politischen und organisatorischen Zentrum der deutschen Antifaschisten. Es war seinem Wesen nach die deutsche Antihitlerkoalition. Die Politik des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ bestand darin, den Krieg durch den Sturz der Hitlerregierung zu beenden, den Friedensschluß durch die Kräfte der Arbeiterklasse, der bürgerlichen Antihitleropposition und der Opposition in der Armee herbeizuführen und die Leidenszeit zu verkürzen. Unter Leitung der Vertreter des Politbüros der KPD bereitete sich das Nationalkomitee gleichzeitig auf den Neuaufbau eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands vor.¹³⁾

Damit hatte sich eine neue Qualität des antifaschistischen Widerstandes herausgebildet. Die erste Organisation einer deutschen Volksfront, gestützt auf eine breite Basis, war entstanden. Das NKFD leistete u. a. gute Vorarbeit für die Gestaltung des künftigen neuen, demokratischen Deutschland. Auf den Gebieten der Ökonomie, der Sozialpolitik, der Rechtspflege und der Kultur berieten Arbeitsgruppen, wie der künftige demokratische Aufbau in Deutschland vor sich gehen sollte. Auch eine Arbeitsgruppe für kirchliche Fragen war im NKFD tätig. Der evangelische Pfarrer Schröder erklärte damals:

„Wir rufen Sie nicht zu politischen Abenteuern, sondern zu christlichem Samariterdienst am deutschen Volk. Wir rufen Sie zur Gemeinschaft, zum Zusammenschluß mit allen, die Deutschland aus reinem Herzen und mit reinen Händen helfen wollen. Wenn aber irgendwo, dann sind Herzen und Hände vereint in unserer Bewegung ‚Freies Deutschland‘.“¹⁴⁾

*

Nachdem die Sowjetarmee das faschistische Deutschland besiegt hatte, war es den antifaschistisch-demokratischen Kräften in Deutschland möglich, ihre Arbeit in vollem Umfang aufzunehmen. Reich an Erfahrungen, gewonnen im illegalen Kampf, scharte die KPD alle fortschrittlichen Kräfte zur Erreichung der neuen, demokratischen Ordnung um sich. Ihr Aufruf dazu sowie das von ihr entwickelte antifaschistisch-demokratische Programm entsprachen nicht nur den Interessen der Arbeiterklasse, sondern denen aller Klassen und Schichten des deutschen Volkes, natürlich mit Ausnahme der Monopolisten, Militaristen und Junker. Dieses zugleich nationale Aktionsprogramm der KPD vom 11. Juni 1945 stellte nicht nur die Basis für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse dar, sondern war gleichzeitig die Grundlage für die Bildung der Ein-

13) vgl. Grundriß, a. a. O., S. 191 f.

14) zitiert nach: „Das Nationalkomitee Freies Deutschland“, Hefte aus Burgscheidungen 35/36, S. 32

heitsfront aller demokratischen, friedliebenden, antifaschistischen, nationalgesinnten Kräfte des deutschen Volkes, eine breite, gesamt-nationale Plattform.

Diese Politik der Volksfront bestand dann ihre Bewährungsprobe im Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien und in der Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden. Von den Parteien des Blocks, mit der Partei der Arbeiterklasse an der Spitze, wurden alle revolutionären Maßnahmen – wie demokratische Bodenreform, Beseitigung der Monopole, Enteignung von Betrieben der Kriegsverbrecher, Schul- und Justizreform, Schaffung einer demokratischen Verwaltung – gemeinsam beraten und durchgeführt. Erstmals entstand in einem Teil Deutschlands, der damaligen sowjetischen Besatzungszone, ein Bündnis der demokratischen Kräfte, die gemeinsam den Weg zur Befreiung der Nation beschritten und unter Führung der Partei der Arbeiterklasse gemeinsam darangingen, die kommenden Aufgaben zu lösen.

Von entscheidender Bedeutung hierfür war in dieser Periode die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien – KPD und SPD – zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im April 1946. Damit erhielt die deutsche Arbeiterklasse eine vereinte revolutionäre Kampfpartei, die von nun an den demokratischen Kräften in ihrer Gesamtheit Weg und Ziel weisen sowie verstärkte Unterstützung im patriotischen Kampf geben konnte.

Als sich im Herbst 1947 die politische Lage in Deutschland verschärfte, d. h. die imperialistischen Kräfte in den Westzonen gemeinsam mit der rechten SPD-Führung die Verwirklichung des Potsdamer Abkommens hintertrieben und sich gegen die Einheit der Arbeiterklasse stellten, war es die SED, die einen gesamtdeutschen Volkskongreß vorschlug. Patrioten aus allen Teilen Deutschlands – insgesamt 2215 Delegierte – traten am 6./7. Dezember 1947 in Berlin zum ersten Deutschen Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden zusammen. Die Kongreßbewegung war unter den damaligen historischen und politischen Bedingungen die geeignete Form, um breite Kreise der Bevölkerung um die Arbeiterklasse zu scharen und in festem Bündnis, unter Führung der revolutionären Partei der Arbeiterklasse, zusammenzuschließen. Die darin offenbar werdende breite Kampffront reichte von der Arbeiterklasse bis zu patriotisch gesinnten Kräften der Bourgeoisie in allen Teilen Deutschlands.

Die deutsche Volkskongreßbewegung war von Anbeginn ihrem Charakter nach eine antifaschistisch-demokratische, eine antiimperialistische Bewegung, die als einzige deutsche Bewegung gesamtdeutschen Charakter trug. Sie war eine wahrhaft revolutionäre Volksbewegung, sich richtend gegen die Hauptfeinde der deutschen Einheit und die Gegner eines gerechten Friedensvertrages. Sie strebte eine antifaschistisch-demokratische Entwicklung, getreu dem Potsdamer Abkom-

men, für ganz Deutschland an, richtete sich also gegen die imperialistischen, faschistischen und militaristischen Kräfte, die Deutschland schon zweimal ins Verderben gestürzt hatten.

„Diese Bewegung stützte sich auf die antifaschistisch-demokratische Ordnung in Ostdeutschland und hob den Kampf der patriotischen Kräfte auf eine höhere Stufe.“¹⁵⁾

Die Volkskongreßbewegung war umfassender als der antifaschistisch-demokratische Block; dieser schloß die Mitglieder der Parteien und wichtigsten Massenorganisationen zusammen, sie dagegen vereinigte in sich alle nationalgesinnten und patriotischen Kräfte der Arbeiterklasse, der Bauern, der Intelligenz, des Handwerks und des Bürgertums. Sie trug wesentlich dazu bei, das Bündnis der Arbeiterklasse mit allen Schichten der Bevölkerung zu festigen, half mit, die faschistische Ideologie zu überwinden und ein neues, demokratisches Bewußtsein zu entwickeln.

Die Volkskongreßbewegung bekämpfte jede auf die Spaltung Deutschlands gerichtete Politik. Mit Hilfe der imperialistischen Besatzungsmächte unterdrückten die Feinde des Volkes die Volkskongreßbewegung in den Westzonen. Angesichts dieser ernstesten Situation wurde der zweite Volkskongreß zum 17./18. März 1948 einberufen. Dieser Kongreß beschloß, die damalige sowjetische Besatzungszone allseitig zu stärken, damit sie die Basis der Arbeiterklasse und all ihrer Verbündeten für den Kampf gegen die Spaltung Deutschlands darstellen konnte. Um diese große, verantwortungsvolle Aufgabe lösen zu können, wählte dieser Volkskongreß aus seiner Mitte als Führungsorgan den Deutschen Volksrat. Letzterer arbeitete mit Hilfe seiner Ausschüsse und Arbeitsgruppen die Pläne für eine künftige Demokratische Republik aus; er erarbeitete und beriet mit Millionen Bürgern den Verfassungsentwurf. Außerdem führte er ein Volksbegehren über einen Volksentscheid zur Frage der Einheit Deutschlands durch und fixierte mit dem Friedensmanifest die Grundsätze für einen gerechten Friedensvertrag.

Während in der sowjetischen Besatzungszone sich die Volkskongreßbewegung in ihrer Tätigkeit frei entfalten konnte, erfolgten in den Westzonen die separate Währungsreform und die Bildung des sogenannten „Parlamentarischen Rates“. Dieser billigte später den Entwurf des Grundgesetzes für einen westdeutschen Separatstaat. Als Folge davon wurden in den Westzonen die Wahlen zum 3. Deutschen Volkskongreß verboten. Die imperialistischen Westmächte gemeinsam mit dem Parlamentarischen Rat verabschiedeten dann das Besatzungs- und das Ruhrstatut und trafen alle organisatorischen Vorbereitungen zur Bildung eines westdeutschen Separatstaates, der spätere Bundesrepublik Deutschland.

Am 5. und 6. Mai 1949 beteiligten sich in der sowjetischen Zone 95,2 Prozent aller Wahlberechtigten an den Wahlen zum

15) Grundriß, a. a. O., S. 222

3. Deutschen Volkskongreß. Davon stimmten 66,1 Prozent dem Programm und den Zielen der Volkskongreßbewegung zu. In zahlreichen Aufrufen, Entschlieûungen, Versammlungen und individuellen Aussprachen wurden in Vorbereitung zu diesem Kongreß vor allem die politisch-ideologischen Probleme von allen antifaschistisch-demokratischen Parteien und Massenorganisationen geklärt, das Interesse der Werktätigen geweckt und deren Initiative gefördert. Die aus dieser massenpolitischen Arbeit gewonnenen Erkenntnisse schlugen sich im „Manifest an das deutsche Volk“ nieder, das Vorschläge für die Lösung der deutschen Frage und den Abschluß eines Friedensvertrages enthielt und auf dem 3. Deutschen Volkskongreß verabschiedet wurde.

Mit den Worten: „Es geht um den Zusammenschluß aller national gesinnten Kräfte“ und getragen von der Erkenntnis, daß Einheit und Frieden vom deutschen Volk erkämpft werden müssen, rief der 3. Deutsche Volkskongreß zur Bildung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland auf. In diesem Aufruf heißt es weiter:

„Die Spaltung unseres Vaterlandes trifft jeden Deutschen und reiût die Familien auseinander. Sie gefährdet den Arbeitsplatz, bedroht den Bauernhof, lähmt den Handel und Verkehr, vernichtet den deutschen Arbeitsmarkt und hindert den Austausch kultureller und geistiger Werte. Arbeiter, Bauern, Handwerker, Fabrikanten, Kaufleute und Geistesschaffende: Ihr alle gehört in die Nationale Front! Immer breitere Schichten unseres Volkes empfinden den nationalen Kampf für Einheit, Frieden und Abzug der Besatzungstruppen als Gebot der Stunde!

Die Nationale Front richtet sich nicht gegen andere Völker, sie hat nichts mit Nationalismus zu tun. Sie will Verständigung und Freundschaft mit allen Völkern der Erde. Sie bekämpft darum auf das entschiedenste die Kriegstreiberei gegen die Sowjetunion und gegen die Volksdemokratien.

Sie weiß sich eins mit den Friedenskräften der Welt, deren wachsende Stärke in den Weltfriedenskongressen und im Widerstand gegen den Atlantik-Pakt zum Ausdruck kommt.

Gegenüber der in Westdeutschland und im Westen Berlins betriebenen Kriegshetze stützen wir uns auf die Festigung der friedfertigen, antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der Ostzone, auf den Friedenswillen der Massen und die Ausbreitung der Volkskongreß-Bewegung auch im Westen. Das ist der Weg zur Unabhängigkeit, zur Einheit Deutschlands, zum gerechten Frieden und zum Abzug der Besatzungstruppen. Nur so kann die Nation gerettet werden. Die Geschichte der Freiheitskämpfe aller Völker lehrt, daß der entschlossene, opferbereite Wille am Ende noch immer über fremde Diktate gesiegt hat. Der Deutsche Volkskongreß erwartet von allen Parteien und Organisationen, die sich in der Nationalen Front zusammengefunden haben, einen vorbehaltlosen Kampf in den nationalen Fragen des deutschen Volkes.“¹⁶⁾

Nun kam es darauf an, die ökonomischen und politischen Grundlagen der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der damaligen Ostzone weiter zu stärken und damit zugleich

16) zitiert nach: Z. f. G., Jhrgg. 1959, S. 1661

den Patrioten in allen Teilen Deutschlands den Weg zur demokratischen Einheit Deutschlands zu weisen. Es galt, die bereits erzielten Erfolge der Arbeiter, werktätigen Bauern, der Intelligenz und der nationalgesinnten Kreise des Bürgertums zu festigen und damit diese Kräfte anzuspornen, noch weitere und größere Aufgaben, wie z. B. den Zweijahrplan, zu erfüllen. — Der 3. Deutsche Volkskongreß war ein Höhepunkt im Ringen des deutschen Volkes um ein demokratisches Deutschland und einen gerechten Friedensvertrag. Die Zusammensetzung des Kongresses, sein Ansehen in ganz Deutschland und die großen Aufgaben, die in seinen Beschlüssen zum Ausdruck kamen, bewiesen, daß der nationale Kampf des deutschen Volkes eine neue, höhere Stufe seiner Entwicklung erreicht hatte: Der aus den Delegierten gewählte Volksrat und die Annahme der Verfassung zeigten mit aller Deutlichkeit, daß es nunmehr eine auf Grund der allgemeinen, direkten und geheimen Wahlen legitimierte nationale Repräsentation des deutschen Volkes gab.¹⁷⁾

Das brachte auch Otto Nuschke, der Vorsitzende der CDU, in seinem Referat auf diesem Kongreß zum Ausdruck. Gleichzeitig legte er dar, daß alle Deutschen, die guten Willens sind, in den nationalen Grundfragen zusammenstehen müssen. Er sagte:

„Die Nationale Front ist kein neues Schlagwort und noch weniger eine neue Firma. Sie ist die Zusammenfassung aller Deutschen, die sich bewußt sind, daß unsere Generation vor der Zukunft unseres Vaterlandes die Verantwortung trägt, das große deutsche Kulturvolk als Nation zusammenzuhalten. Jede Nation hat gemäß dem Natur- und Völkerrecht auch Anspruch auf einen Nationalstaat. Die Einheit aber bedingt den Frieden, genauso wie ein echter Frieden die Einheit zur Voraussetzung hat. Wir wissen, daß Kräfte am Werk sind, die Gemüter zu verwirren. Aber das deutsche Volk würde vor der Geschichte abdanken, wenn es nicht begriffe, daß in Notzeiten ein Zusammenstehen aller die Grundbedingung der nationalen Selbstbehauptung ist. Darum muß die Arbeit unseres Volkskongresses fortgeführt und erweitert werden.

Unser Ziel: ein freies, einheitliches, demokratisches Vaterland wird sich gegen allen Unverstand und allen Widersachern zum Trotz durchsetzen, weil Deutschland leben muß, wenn Europa gesunden und die Welt den Frieden bewahren soll.“¹⁸⁾

Der Kongreß war erfüllt von dem Willen aller patriotischen Kräfte, die Spaltung Deutschlands zu verhindern.

Auf den nationalen Verrat der westdeutschen Monopolherren und reformistischen SPD- und Gewerkschaftsführer durch die Bildung des westdeutschen Separatstaates gaben die deutsche Arbeiterklasse und mit ihr alle Patrioten die entsprechende Antwort. Der Parteivorstand der SED faûte am 4. Oktober 1949 den Beschluß „Die Nationale Front und die Sozialistische Einheitspartei“ und legte ihn dem antifaschistisch-demokratischen Block zur Beratung vor.

17) vgl. Z. f. G., Jhrgg. 1959, S. 1643

18) zitiert nach: Z. f. G., Jhrgg. 1959, S. 1656

Dieser Beschluß enthielt die politischen, ideologischen und organisatorischen Grundlagen für den Zusammenschluß aller patriotischen Kräfte zur Rettung der deutschen Nation. Es wurde darin dargestellt, daß die imperialistischen und militaristischen Kräfte in Vergangenheit und Gegenwart nicht in der Lage waren, die nationale Frage zu lösen. Die Kräfte des Rückschritts führten Deutschland stets in die nationale Katastrophe. Allein die Kräfte des Fortschritts – unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei – vermögen heute die nationale Frage zu lösen. „Gleichzeitig entwickelte die SED mit der Nationalen Front eine neue Form des Zusammenschlusses aller gesellschaftlichen Kräfte, um sie an die zweite Etappe der volksdemokratischen Revolution heranzuführen. Die Nationale Front ermöglichte die Bildung einer breiten, bisher nicht bekannten sozialen Basis für den Übergang zur sozialistischen Revolution. Sie bereitete den Weg, um alle Menschen – wenige reaktionäre und antinationale Elemente ausgenommen – zum Sozialismus zu führen.“¹⁹⁾

Als Ergebnis der antifaschistischen, demokratischen, friedliebenden und damit nationalen Bestrebungen und der übereinstimmenden Haltung und Tätigkeit aller in der Nationalen Front vereinten patriotischen Kräfte wurde am 7. Oktober 1949 die Deutsche Demokratische Republik – der einzig rechtmäßige deutsche Staat – gegründet. Der Deutsche Volksrat trat am 7. Oktober 1949 zusammen und konstituierte sich als Provisorische Volkskammer und damit als erstes deutsches Volksparlament. Wilhelm Pieck erklärte dazu:

„Die Legitimität dieses Vorganges besteht darin, daß die jetzige Zusammensetzung des Volksrates hervorgegangen ist aus dem am 30. Mai dieses Jahres erfolgten Wahl durch den 3. Deutschen Volkskongreß, der wiederum durch die allgemeine Volkswahl von der deutschen Bevölkerung gewählt wurde.“²⁰⁾

Der jahrzehntelange Kampf der deutschen Arbeiterklasse fand damit seine Erfüllung; denn es entstand mit dieser jungen Deutschen Demokratischen Republik eine feste Bastion der Demokratie und des Friedens in Deutschland. In seinem Schlußwort auf dem 11. Parteitag der CDU beurteilte Gerald Götting diesen entscheidenden Schritt rückblickend wie folgt:

„Die Gründung unserer Deutschen Demokratischen Republik war die einzig mögliche und gültige Antwort unseres friedliebenden Volkes auf die staatliche Wiederbelebung der imperialistischen Politik in Westdeutschland. Das entsprach auch der herangereiften Entwicklung, die darauf drängte. Aus dem Willen des Volkes geboren, den Gesetzen der gesellschaftlichen Vorwärtentwicklung folgend, den Interessen der ganzen Nation verpflichtet, ist unsere Deutsche Demokratische Republik die staatliche Verkörperung der Zukunftsgewißheit unseres ganzen Volkes. Sie ist zugleich die staatliche Gewähr für

die Berechtigung des Vertrauens, das die anderen friedliebenden Völker in unser Volk setzen.

Wer das, liebe Freunde, begriffen hat, der weiß auch, daß die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik nichts, aber auch gar nichts mit der Vertiefung der deutschen Spaltung zu tun hatte. Die Spaltung Deutschlands war das Werk des deutschen Imperialismus. Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik aber war der erste und entscheidende Schritt zur Überwindung der Herrschaft der deutschen Imperialisten in Westdeutschland und der von ihnen verursachten Spaltung, zur Herstellung eines friedliebenden, demokratischen und einheitlichen deutschen Staates, der alle Voraussetzungen dafür bietet, das Schicksal unserer Nation zum Guten zu wenden.“²¹⁾

★

Von nun an formierten sich die Klassenkräfte in der Nationalen Front neu. Auch organisatorisch ergaben sich im Laufe des Jahres 1950 Veränderungen. Das Sekretariat der Nationalen Front konstituierte sich (7. 1. 1950), ebenso der Nationalrat der Nationalen Front am 3. Februar 1950 als Führungsorgan, und die „Ausschüsse für Einheit und gerechten Frieden“ bildeten sich in Ausschüsse der Nationalen Front um.

Am 15. Februar 1950 beschloß der Nationalrat der Nationalen Front das „Programm der Nationalen Front des demokratischen Deutschland“, in dem die Kampfziele – Erhaltung des Friedens, Herstellung der Einheit eines demokratischen Deutschlands, Abschluß eines gerechten Friedensvertrages und Abzug der Besatzungstruppen – fixiert wurden. Dieses Programm stellt fest, daß die Nationale Front in der Deutschen Demokratischen Republik, im ersten deutschen Arbeiter- und Bauern-Staat, eine feste staatliche Grundlage für ihren Kampf besitzt.

„Am Vorbild der DDR sehen alle patriotisch und demokratisch gesinnten Deutschen, daß es trotz der gewaltigen Verheerung des Krieges möglich ist, eine krisenlose Wirtschaft aufzubauen . . . So erweist sich der demokratische Weg als der einzige Weg des Aufstieges.“²²⁾

Mit dem Programm wurde an alle demokratischen Parteien, Massenorganisationen und ebenso an alle nichtorganisierten Bürger appelliert, in der Nationalen Front brüderlich zusammenzuarbeiten und die DDR möglichst schnell und gründlich zu festigen. Wörtlich heißt es:

„Desto schneller werden auch alle friedliebenden Deutschen begreifen, was die Zusammenarbeit aller deutschen Patrioten in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland im Kampf um die Einheit und die Unabhängigkeit Deutschlands vermag und welche gewaltigen schöpferischen Kräfte im deutschen Volk leben.“

Damit wurden alle Menschen guten Willens zur Erfüllung der ökonomischen und kulturellen Aufgaben und zum Aufbau

19) Z. f. G., Jhrgg. 1962, Sonderheft, S. 119

20) zitiert nach: Dr. Karl Bittel, Kleine Dokumentensammlung, Die Nationale Front, 1960, S. 15

21) Gerald Götting auf dem 11. Parteitag der CDU, 5. Bulletin, S. 20

22) zitiert nach: Dr. Karl Bittel, a. a. O., S. 51

der sozialistischen Wirtschaft aufgerufen. Gleichzeitig trat die Entwicklung der Wirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik in eine neue Etappe ein. Die Nationale Front erhob den Fünfjahrplan zu ihrem Programm und entfaltete zu dessen Popularisierung eine umfassende Diskussion. Ebenfalls wurden die für Oktober 1950 angesetzten Wahlen auf breiter Basis vorbereitet. Die von den Parteien und Massenorganisationen für die gemeinsame Liste der Nationalen Front benannten Kandidaten stellten sich erstmalig in der deutschen Geschichte in Vorbereitung der Wahlen ihren Wählern persönlich vor. Die künftigen Volksvertreter und Staatsfunktionäre legten Rechenschaft ab und die künftigen Aufgaben dar.

Daß dieser Weg, mit allen Schichten der Bevölkerung ins Gespräch zu kommen, der richtige war, geht aus dem Ergebnis der Wahlen hervor. 99,72 % der Wähler legten nicht nur ein Vertrauensbekenntnis zu den Kandidaten der Nationalen Front und deren Programm ab, sondern eine beträchtliche Anzahl Bürger wartete mit höheren Leistungen in der Produktion auf und gab neue Verpflichtungen ab.

Während der Bonner Staat mit seiner antinationalen Politik – z. B. dem Generalvertrag mit den USA – den deutschen Militarismus wiederherzustellen und die Spaltung zu vertiefen suchte, wirkte die DDR dieser Entwicklung durch zahlreiche Vorschläge zu Verhandlungen, freien gesamtdeutschen Wahlen, zur Bildung gesamtdeutscher Organe, zur Durchführung einer Volksbefragung gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages entgegen. Der Bonner Staat lehnte alle diese Bemühungen ab und unterdrückte auf seinem Territorium die demokratische Volksbewegung mit terroristischen Mitteln.

Mit der Errichtung der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der DDR war der sozialistische Aufbau, der dann auf der 2. Parteikonferenz der SED 1952 proklamiert wurde, bereits eingeleitet. Die Bewußtseinsbildung der Arbeiterklasse und der Mehrheit der Werktätigen war so weit vorangeschritten, die politischen und ökonomischen Bedingungen waren so weit geschaffen, daß der Aufbau des Sozialismus zur Hauptaufgabe in der DDR erklärt werden konnte. Diese Entwicklung war u. a. auch deswegen möglich geworden, weil das Zentralkomitee der SED, „ausgehend von den allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus“, darauf fußen konnte, „daß unter Führung der Arbeiterklasse auch im volksdemokratischen Staat mehrere Parteien in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland für den Aufbau eines friedliebenden, demokratischen und sozialistischen Deutschland zusammenwirken können.“²³⁾ Rückblickend schätzte Ufrd. Götting auf dem 11. Parteitag der CDU diesen historischen Schritt mit folgenden Worten ein:

„In unserer sozialistischen Ordnung haben wir Christen unseren sicheren und angesehenen Platz in der großen Gemein-

schaft unseres Volkes gefunden. Durch die Mitarbeit an der demokratischen und sozialistischen Umgestaltung unserer Gesellschaft sind wir hineingewachsen in die Gemeinsamkeit aller Bürger guten Willens. In fröhlicher und getroster Hingabe an die Arbeit für die Lösung der Aufgaben, die uns allen heute um des Friedens und unseres Volkes willen gestellt sind, haben wir den Weg in unsere neue, sozialistische Menschengemeinschaft beschritten. Unsere eigene Erfahrung aus dem täglichen Mittun bei dem Neuen, das heute bei uns wächst und immer klarer Gestalt annimmt, hat uns in der Überzeugung bestärkt, daß wir im Hinblick auf den gesellschaftlichen Auftrag, den wir als Christen zu erfüllen haben, wie auch im Hinblick auf das Wohl der gesamten Gesellschaft recht daran tun, unserem sozialistischen Staat unsere ganze Kraft zur Verfügung zu stellen.“²⁴⁾

In diesem Zusammenhang muß auch erwähnt werden, daß sich bei allen in der Nationalen Front vereinten Kräften immer mehr der Erkenntnis von der Notwendigkeit der Führungsrolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei durchsetzte. Dies gelangte u. a. in der Erklärung des Hauptvorstandes der Christlich-DEMokratischen Union vom Juli 1952 zum Ausdruck:

„Der planmäßige Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik unter Führung der Arbeiterklasse verwirklicht alle jene Ziele, für die ein Jahrhundert hindurch Millionen Werktätige verschiedener Weltanschauungen, die besten Söhne und Töchter unseres Volkes kämpften und große Opfer brachten.

Der Hauptvorstand der CDU ist sich der Tatsache bewußt, daß die Ordnung des Sozialismus zugleich die Verwirklichung bedeutender christlicher Anliegen in dieser Welt ermöglicht.“²⁵⁾

Von nun an konnte sich die Nationale Front auf der Grundlage der fortschreitenden Bewußtheit und konkreter Zielsetzung auf allen Gebieten der Ökonomie, Politik und Kultur immer mehr zu einer sozialistischen Volksbewegung entwickeln. Wie z. B. die Parteien auf ihre Mitglieder einwirkten, um den sozialistischen Aufbau zu fördern, zeigt die Entschließung des 8. Parteitages der CDU, in der es u. a. heißt:

„Die Heranführung unserer Mittelschichten an die Aufgaben des Sozialismus ist eine Notwendigkeit, zu deren Erfüllung auch die CDU weiterhin wichtige Beiträge leisten muß. Die staatliche Beteiligung an privaten Betrieben, die auf Grund von Vorschlägen der CDU in Gang gebracht wurde, hat die Einstellung der in unserer Privatindustrie arbeitenden Menschen zum Sozialismus günstig beeinflusst.

Das Handwerk kann auf dem Wege der Entwicklung von Produktionsgenossenschaften seinen verdienstvollen Anteil am Aufbau des Sozialismus noch wesentlich verstärken. Der staatliche, genossenschaftliche und private Einzelhandel muß in echtem, kameradschaftlichem Wettbewerb bemüht sein, die Versorgung der Bevölkerung vorbildlich zu gestalten.

24) Gerald Götting auf dem 11. Parteitag der CDU, 5. Bulletin, S. 23

25) zitiert nach: Politisches Studium der CDU, 1962/63, Heft 2, S. 70/71

23) vgl. Z. f. G., Jhrgg. 1962, Sonderheft, S. 12

Die CDU ruft alle ihre Mitglieder auf, sich mit aller Kraft für den Aufbau des Sozialismus einzusetzen.²⁶⁾

Außerdem wird in dieser Entschließung auf die Aufholung von Planrückständen und die Erzeugung von Massenbedarfsgütern orientiert. Die Einzelbauern werden aufgefordert, sich in Genossenschaften zusammenzuschließen. An alle Schichten der Bevölkerung wird darin appelliert, mitzuhelfen, die Ziele der Volkswirtschaftspläne zu erfüllen und die Arbeit in der Nationalen Front noch wirksamer zu gestalten.

Mit dem „Programm des Kampfes um den Frieden, für den Sieg des Sozialismus, für die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender demokratischer Staat“ leitete die SED auf ihrem V. Parteitag 1958 einen neuen Abschnitt in der Geschichte der DDR ein. Neue Aufgaben ergaben sich daraus in erster Linie für die Nationale Front, d. h. die gesamte Bevölkerung mußte nun zur bewußten Mitgestaltung auf allen Gebieten herangezogen werden. Die ausgegebene Losung „Plane mit, arbeite mit, regiere mit!“ verhalte nicht ungehört. Der Volkswirtschaftsplan wurde zugleich zum Arbeitsplan der Nationalen Front. Neue Formen der Zusammenarbeit, z. B. die sozialistische Gemeinschaftsarbeit, entwickelten sich und wurden zum Ausdruck der gewachsenen moralisch-politischen Einheit des Volkes. Der III. Kongreß der Nationalen Front im September 1958 stellte nochmals heraus, von welcher entscheidender Bedeutung der Aufbau des Sozialismus in der DDR ist.

Im Jahre 1959 kämpften bereits 26 237 Brigaden mit 302 176 Mitgliedern und 16 459 sozialistische Arbeitsgemeinschaften mit 139 312 Mitgliedern um höhere Arbeitserfolge und damit um die weitere ökonomische Stärkung der Republik sowie um die weitere Entfaltung der sozialistischen Demokratie. Immer stärker rückte nun die Lösung ökonomischer Aufgaben in den Mittelpunkt der Arbeit der Nationalen Front. So wurden große Leistungen auf allen volkswirtschaftlichen Gebieten zur Stärkung und Festigung unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht vollbracht. Voraussetzung dafür war allerdings, daß alle in der Nationalen Front vereinten Parteien und Massenorganisationen eine erfolgreiche Überzeugungsarbeit leisteten.

So konnte z. B. die CDU auf ihrem 9. Parteitag feststellen, daß die Mitarbeit ihrer Mitglieder innerhalb der Nationalen Front gewachsen war, über ein Drittel der Mitglieder im NAW und in Arbeitseinsätzen in der Landwirtschaft tätig waren. Weitere 3000 Bauern, Mitglieder der CDU, hatten ihren Beitritt zu einer LPG erklärt; 300 Unionsfreunde wurden Mitglieder einer PGH, und 282 stellten einen Antrag auf staatliche Beteiligung für ihre Betriebe. Ein beträchtlicher Teil von Einzelhändlern, gleichfalls Mitglieder der CDU, schloß einen Kommissionsvertrag mit dem sozialistischen Großhandel ab.

Zunehmend wuchs bei allen Schichten der Bevölkerung, hervorgerufen durch ihre tatkräftige Mitarbeit in der Nationalen

Front, die Erkenntnis, daß der Sieg der Friedenspolitik der DDR, der Sieg des Sozialismus abhängig sind von den ökonomischen Erfolgen unserer Deutschen Demokratischen Republik. So stellt die Entschließung des 10. Parteitages der CDU u. a. fest, daß sich die schöpferische Mitarbeit der Christlich-Demokratischen Union am sozialistischen Aufbau in der Arbeit in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland vollzieht. Dem Verhältnis der CDU zur Volksbewegung der Nationalen Front, der nun schon wichtigsten Erscheinungsform der politisch-moralischen Einheit unseres Volkes, wird darin wie nachstehend Ausdruck gegeben:

„Dieser umfassenden patriotischen Bewegung, die unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei alle Kreise unserer Bevölkerung in den Aufbau des Sozialismus einbezieht, gehört auch unsere Partei als unlöslicher Bestandteil an. Alle demokratischen Kräfte, auch die Mitglieder unserer Partei, sind verantwortlich für die Arbeit der Nationalen Front. Unsere Mitglieder haben den gesellschaftlichen Auftrag unserer Partei erst dann richtig verstanden, wenn sie sich selbst als Mitarbeiter der Nationalen Front, als Verfechter ihrer Ziele begreifen.“

In der Nationalen Front des demokratischen Deutschland manifestiert sich die zunehmende politisch-moralische Einheit unserer schaffenden Bevölkerung, die sich mit dem weiteren Voranschreiten des sozialistischen Aufbaus immer deutlicher herausbildet. In der Arbeit der Nationalen Front entwickelt sich diese politisch-moralische Einheit in der Praxis ständig weiter. . . .

Wir konzentrieren uns im Sinne der Einheit von Politik und Ökonomie auf die politisch-ideologisch aufklärende und mobilisierende Arbeit unter den christlichen Kreisen der Bevölkerung und auf die verantwortliche Teilnahme an der Heranführung der Mittelschichten an den sozialistischen Aufbau. Gerade wegen dieser Konzentration unserer Kräfte, wegen dieser konkreten Festlegung unserer wesentlichen Tätigkeitsbereiche wurden uns greifbare Erfolge in der Erfüllung unserer Aufgaben zuteil – Erfolge, die der Sache der Arbeiterklasse, der Sache der Nationalen Front zugute kamen.“²⁷⁾

In seinem Referat auf dem 11. Parteitag der CDU konnte Unionsfreund August Bach hierzu feststellen:

„Im Rechenschaftsbericht des Hauptvorstandes an den Parteitag wird im einzelnen nachgewiesen, wie die Mitarbeit in der Nationalen Front in den vergangenen Jahren verstärkt werden konnte. Es ist von außerordentlich großer Bedeutung, daß diese erfolgreiche Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte in der Nationalen Front auch hohe internationale Anerkennung findet, wie zum Beispiel im Kommuniqué über den Abschluß des Freundschaftsvertrages mit der Sowjetunion: „Beide Seiten erachten es für notwendig, die wichtige Rolle der Nationalen Front des demokratischen Deutschland beim umfassenden Aufbau des Sozialismus in der DDR und im Kampf für die allmähliche Annäherung der beiden deutschen Staaten hervorzuheben. Durch die Zusammenfassung der politischen Parteien

26) 8. Parteitag der CDU, S. 47

27) Entschließung des 10. Parteitages der CDU, S. 27/28

und Massenorganisationen ermöglicht die Nationale Front des demokratischen Deutschland unter Führung der Partei der Arbeiterklasse die aktive Teilnahme der verschiedenen Bevölkerungsschichten an der Errichtung der neuen Gesellschaft, in der sich die schöpferischen Kräfte des Volkes voll entfalten.“²⁸⁾

So stützten und stützen sich alle in der Nationalen Front vereinten Kräfte auf die Schöpferkraft des Volkes. Auch in der Programmatischen Erklärung des Staatsrates vom 4. Oktober 1960 wird festgestellt, daß alle Erfolge in der DDR nur erreicht wurden und nur erreicht werden können, wenn sich die schöpferischen Kräfte im Volk frei entfalten. Diese Erklärung löste starke Zustimmung in allen Schichten der Bevölkerung aus. Tausende von Bürgern, Arbeiter, Genossenschaftsbauern, Handwerker, Ingenieure, Wissenschaftler und Unternehmer mit staatlicher Beteiligung, sprachen der Regierung der DDR ihr Vertrauen aus und verpflichteten sich zu noch besseren Leistungen in der Erfüllung der Volkswirtschaftspläne. Neue Herstellungsverfahren wurden erprobt, neue Rohstoffe gewonnen, die Neuerer und Rationalisatoren boten all ihre Kräfte auf, um die Wirtschaft vor den Störversuchen der Bonner Ultras zu schützen und zu sichern. Durch die Programmatische Erklärung des Staatsrates erhielt jeder Bürger in der DDR einen genauen Überblick über die Entwicklung auf allen Lebensgebieten in der DDR, erkannte die Perspektive der Republik und damit gleichzeitig seine eigene.

Eine hohe Bedeutung für die weitere Entwicklung und Festigung der Gemeinsamkeit aller friedliebenden Bürger unseres sozialistischen Staates hat das in die Geschichte der Nationalen Front eingegangene Gespräch von 9. Februar 1961. Der Parteivorsitzende August Bach konnte in seinem Referat auf dem 11. Parteitag der CDU hierzu feststellen:

„Zu den für unsere Partei bedeutendsten Ereignissen der letzten vier Jahre gehört zweifellos jenes Gespräch zwischen dem Vorsitzenden des Staatsrates, Walter Ulbricht, und einer Gruppe von Theologen und kirchlichen Amtsträgern unter Leitung von Prof. D. Emil Fuchs, das am 9. Februar 1961 in Berlin stattfand. Daß dieser 9. Februar zu einem feststehenden Begriff in unserer Arbeit geworden ist, ist ein äußeres Zeichen für die große Resonanz, die jenes Gespräch besonders unter der christlichen Bevölkerung gefunden hat...“

Die Bedeutung des 9. Februar reicht weit über die Grenzen unserer Republik hinaus. Ich habe das immer wieder im Gespräch mit ausländischen Gästen erlebt. Daß es uns in der DDR gelungen ist, das alte, von den Kräften des Gestern geschürte Gegeneinander von Christen und Marxisten zu überwinden und zu einer kameradschaftlichen Zusammenarbeit zu kommen, das werteten sie häufig als die größte Errungenschaft unseres

28) Referat des Parteivorsitzenden auf dem 11. Parteitag, 2. Bulletin, S. 31

Staates. Damit offenbart der 9. Februar das tiefe humanistische Anliegen des Sozialismus in seinem ganzen Ausmaß.“²⁹⁾

Das Gespräch machte auch deutlich, daß jeder Christ in der DDR seine Aufgabe als Staatsbürger zu erfüllen hat und daß er sie nur dann erfüllt, wenn er gemäß seinem Glauben die Friedens- und Nächstenliebe praktiziert, d. h. im täglichen Leben, an seinem Arbeitsplatz die ihm gestellten Aufgaben erfüllt, mittätig ist in der großen sozialistischen Menschengemeinschaft.

In zunehmender Weise bildeten und bilden die Volkswirtschaftspläne die Grundlage der Arbeit der Nationalen Front. Vor allem wurden die Aufgaben des NAW zielgerichtet in die Planaufgaben einbezogen. So wurden durch die Initiative der Bevölkerung hohe Werte für die Gesellschaft und damit zum Nutzen des einzelnen geschaffen. Bei der Umgestaltung zur sozialistischen Landwirtschaft leisteten die Ortsausschüsse der Nationalen Front eine wertvolle Arbeit. Auf dem Nationalkongreß im Juni 1962 legten Neuerer aus der Produktion und der sozialistischen Landwirtschaft, Wissenschaftler und Handwerker Rechenschaft über ihre ökonomischen Erfolge, die zur Stärkung der DDR beitrugen, ab. Hierbei ging es vor allem um die Erfüllung und Übererfüllung des Produktionsaufgebotes, wozu die Werktätigen des VEB Elektrokohle in Berlin-Lichtenberg aufgerufen hatten.

Vor allem aber beschloß dieser Kongreß der Nationalen Front das Nationale Dokument „Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands“. Dieses für die Entwicklung entscheidende Dokument, vorgeschlagen vom Zentralkomitee der SED, war vorher in ausgedehnten Diskussionen mit der Bevölkerung der DDR beraten worden. Es richtet sich nicht nur an die Bürger der DDR, sondern auch an die westdeutsche Bevölkerung. Die darin gezogene Bilanz und die historische Beweisführung gelangen zu dem zwingenden Schluß, daß die Großbourgeoisie jeden Führungsanspruch in Deutschland verloren hat. Es begründet, daß nur die deutsche Arbeiterklasse in festem Bündnis mit allen demokratischen Kräften die deutsche Nation in eine glückliche, friedliche Zukunft führen kann.

Der Nationalkongreß, der dieses Dokument zur Grundlage der politischen Arbeit aller Bürger der DDR erklärte, bezeichnete es als „die geschichtliche Mission der DDR, im Bündnis mit den friedliebenden Kräften in Westdeutschland den Frieden auf deutschem Boden zu sichern.“³⁰⁾ Unionsfreund August Bach äußerte zu diesem Dokument, daß heute die Großbourgeoisie in Westdeutschland die Existenz der Nation auf Spiel setzt. Er führte aus:

„Das spüren und erkennen auch immer mehr Menschen in Westdeutschland, und deshalb wachsen Unruhe und Unbeha-

29) August Bach, Referat auf dem 11. Parteitag der CDU, 2. Bulletin, S. 7/8

30) Grundriß, a. a. O., S. 291

gen, und es mehren sich die Stimmen, die eine Umkehr fordern. Diese Umkehr aber setzt die Einheit aller demokratischen Kräfte voraus, ungeachtet der Verschiedenheit ihrer Weltanschauung, ihres Glaubens und ihrer sozialen Berufe, sowie ihr gemeinsames Handeln gegen den gemeinsamen Feind, den deutschen Imperialismus und Militarismus. Führer in diesem Kampf aber kann in unserer Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, in der wir leben und die den geschichtlichen Ablauf auch in Deutschland bestimmt, nur die geeinte Arbeiterklasse sein.³¹⁾

Es erwächst also den Christen in der DDR die hohe Verantwortung und Pflicht, gemeinsam mit allen fortschrittlichen Kräften für die Erhaltung des Friedens zu wirken, gemeinsam die nationale Frage zu lösen und dadurch das Beispiel für die christlichen Menschen in Westdeutschland zu geben.

„Durch das Vorbild der Christlich-Demokratischen Union in der DDR erweist sich für die christlichen Menschen immer mehr die Nationale Front des demokratischen Deutschland als der historische Ort und die gesellschaftliche Plattform, auf der sie der politischen Verantwortung als Staatsbürger im Ringen um die Erhaltung des Friedens und die Bändigung der Imperialisten und Militaristen gerecht werden.“³²⁾

Professor Polak verdeutlicht die Position und die historische Rolle unserer Deutschen Demokratischen Republik, deren Hauptstütze und konstituierende gesellschaftliche Kraft eben die Nationale Front darstellt, wie folgt:

„Nicht durch prinzipienlose Kompromisse mit der bürgerlichen Ideologie helfen wir der Arbeiterklasse, allen Werktätigen und patriotisch gesinnten Menschen in Westdeutschland in ihrem Kampf um die Befreiung aus dem imperialistischen Joch. Wir helfen ihnen nur durch die volle, an die Wurzel gehende Entlarvung jener ‚Einheit der Nation‘, die die bürgerliche Klasse ihnen solange vorgegaukelt hatte und unter deren Einfluß sie noch stehen.

Die Einwirkung unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht und unseres sozialistischen Aufbaus auf die Bevölkerung Westdeutschlands wird um so stärker sein, je stärker, allseitiger und umfassender wir uns, als Vorhut des ganzen deutschen Volkes, von den Kräften und den gesellschaftlichen Verhältnissen differenzieren, die in Westdeutschland noch herrschen. Wir befreien uns damit nicht nur selbst aus allen alten bürgerlichen Ideologien und Vorstellungen. Wir helfen auch der Arbeiterklasse in Westdeutschland und allen patriotischen Kräften, sich zu befreien. Wir geben durch unseren sozialistischen Aufbau das Vorbild für die Befreiung aus dem imperialistischen Joch, das Vorbild für die befreite, zur Selbstbestimmung gelangte, allseitig sich entfaltende sozialistische Nation. Dadurch, daß wir uns mit aller Schärfe von der imperialistischen ‚Einheit der Nation‘ abgrenzen, schließen wir zugleich aus, daß die alten Verhältnisse jemals in ganz Deutschland wiederhergestellt werden, und geben der nationalen Entwicklung die Wende zum allseitigen Kampf des deutschen Volkes um die Befreiung aus der sie fesselnden, unterdrückenden, er-

niedrigenden und in die tiefste Schmach stürzenden Gesellschaftsformation.“³³⁾

Mit der Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik zum Vorbild für die befreite, zur Selbstbestimmung gelangte, allseitig sich entfaltende sozialistische Nation, mit der Entwicklung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zur gesellschaftlichen Plattform, auf der die Bürger der DDR ihrer Verantwortung im Ringen um die Erhaltung des Friedens und die Bändigung der Imperialisten und Militaristen gerecht werden, läuft die Entwicklung unserer Republik zum Staat des ganzen Volkes parallel. Die Entwicklung in unserer Deutschen Demokratischen Republik ist jetzt so weit vorangeschritten, daß die Zusammenarbeit des Staates und der gesellschaftlichen Organisationen mit allen Schichten der Bevölkerung noch enger gestaltet werden kann. Im Prozeß der Festigung der politisch-moralischen Einheit des Volkes haben sich immer mehr Züge eines Staates des ganzen Volkes entwickelt, immer neue Elemente der Selbstbestätigung des Volkes herausgebildet. Jetzt gilt es, die große Bereitschaft der Menschen, das gewachsene geistige Interesse und die gestiegenen Bedürfnisse aller Schichten der Bevölkerung klug zu nutzen.

Nach der Sicherung der Staatsgrenze der DDR am 13. August 1961 und mit dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in unserer Republik begann ein neuer Abschnitt unseres sozialistischen Aufbaus: die Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus. Nachdem drei Jahre seit diesem für die Entwicklung unserer Republik und damit für unsere nationale Entwicklung so entscheidenden Tag vergangen waren, konnte Gerald Götting in seinem Schlußwort auf dem 11. Parteitag der CDU zu folgenden Feststellungen gelangen:

„Wir alle wissen, liebe Freunde, aus eigenen Erfahrungen, daß der Aufbau des Sozialismus eine recht komplizierte Angelegenheit ist. Wir haben erlebt und erleben immer wieder, daß er mancherlei zeitweilige Schwierigkeiten, mancherlei gesellschaftliche Probleme mit sich bringt. Ja, daß er für den einen und den anderen auch persönliche Konflikte und innere Widersprüche aufwerfen kann. Zugleich aber haben wir immer wieder die Erfahrung gemacht, daß die Schwierigkeiten und Konflikte sich in der täglichen Arbeit, im weiteren Vorwärtsschreiten lösen lassen. Entscheidend sind nicht die äußeren Widerstände und inneren Hemmnisse, entscheidend ist unsere große nationale Perspektive, entscheidend ist unsere Siegesgewißheit und die klare Orientierung. In der Bewährung an den Aufgaben des Heute, die wir an den Möglichkeiten von morgen, an den Zukunftsaussichten unserer Entwicklung messen, erblicken wir den Sinn unseres Lebens.“³⁴⁾

31) zitiert nach: Z. f. G., a. a. O., S. 789

32) zitiert nach: ebenda

33) Polak, Zur Dialektik der Staatslehre, S. 552

34) Gerald Götting, Schlußwort auf dem 11. Parteitag der CDU, 5. Bulletin, S. 22

Vom 13. August 1961 an war es möglich, den ökonomischen Gesetzen des Sozialismus nach und nach volle Wirkung zu verschaffen. Zugleich wurde damit auch ein qualitativ neuer Abschnitt in der Entwicklung der politisch-moralischen Einheit der Bevölkerung der DDR eingeleitet. Im Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wird dargelegt, was wir unter „Umfassender Aufbau des Sozialismus“ verstehen:

„Die nationale Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik zu entwickeln, die Produktion und Arbeitsproduktivität auf der Grundlage des höchsten Standes der Wissenschaft und Technik weiter rasch zu steigern, um das Leben der Werktätigen angenehm und schön zu gestalten.“³⁵⁾

Auf dieser Grundlage der allseitigen Entfaltung der sozialistischen Produktionsverhältnisse und des sozialistischen Wirtschaftssystems sowie der sich fortsetzenden Erhöhung der Bewußtheit der Bürger kann sich nun auch die politisch-moralische Einheit der Bevölkerung der DDR voll herausbilden. Im Programm der SED wird dazu gesagt:

„Umfassender Aufbau des Sozialismus heißt: die neuen sozialistischen Beziehungen zwischen den Werktätigen zu entwickeln und zu vertiefen. Hohes Bewußtsein, Arbeitsfreude und Ergebenheit gegenüber den Interessen der Gesellschaft werden hervorragende Eigenschaften der Menschen der sozialistischen Gesellschaft.“³⁶⁾

Das Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED Hermann Matern, Gast auf dem 11. Parteitag der CDU, führte hierzu aus:

„Ihre Tätigkeit wird auch künftig erfolgreich sein, wenn Sie, ausgehend von den gesamtstaatlichen Interessen, die volkswirtschaftlichen Schwerpunkte in den Mittelpunkt Ihrer Arbeit rücken und die ideologisch-politische sowie kulturell-erzieherische Arbeit darauf orientieren. Das ist nach wie vor eine der wesentlichsten Aufgaben, die vor allen in der Nationalen Front vereinten Parteien und Organisationen steht.“

Die konsequente Durchsetzung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft ist am besten geeignet, die Initiative unserer Werktätigen maximal zu entfalten. Zugleich werden damit neue Maßstäbe für die staatliche und gesellschaftliche Leitungstätigkeit gesetzt.“³⁷⁾

Die Entfaltung der politisch-moralischen Einheit der Bevölkerung im neuen Abschnitt unserer Entwicklung wird vor allem auch in dem Bereich unserer Gesellschaft sichtbar, der im ganzen Verlauf der Umwälzung seit 1945 von hoher Bedeutung für die Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den anderen Klassen und Schichten war: dem Mehrparteiensystem und der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. In der Zusammenarbeit der von der Partei der Arbeiterklasse geführten und mit ihr verbündeten Parteien hat eine

35) Programm der SED, ND vom 25. 1. 1963, S. 16

36) ebenda

37) H. Matern auf dem 11. Parteitag der CDU, 3. Bulletin, S. 2

neue Etappe begonnen. Die SED hat auf ihrem VI. Parteitag die Rolle des Mehrparteiensystems gewürdigt, indem sie betonte, es habe

„... in den vergangenen 19 Jahren seine historische Bewährungsprobe bestanden, seine Erfahrungen sind von weitreichender nationaler und internationaler Bedeutung.“³⁸⁾

Es wurde aber auch notwendig, die Frage zu beantworten, worin nun Inhalt und Methoden der Tätigkeit der Blockparteien in der Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus bestehen:

„Der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse und die Veränderung der Klassenstruktur schaffen neue Bedingungen für ihr Wirken, verändern die Maßstäbe und stellen neue Aufgaben, die über die bisherigen, traditionellen hinausgehen.“³⁹⁾

Walter Ulbricht hat diese höhere Qualität auf dem VI. Parteitag der SED mit der – bereits zitierten – Feststellung gekennzeichnet, daß

„... sich auch die Blockparteien mehr als bisher den Problemen der Durchführung des Planes und der sozialistischen Ökonomik widmen müssen. Sie dürfen sich nicht auf Teilfragen beschränken.“⁴⁰⁾

Auf der Grundlage der Beschlüsse des VI. Parteitages der SED und des Programms des Sozialismus erarbeiteten die demokratischen Parteien und alle in der Nationalen Front vereinten Organisationen ihre spezifischen Richtlinien und Beschlüsse. Sie nahmen eine Reihe programmatischer Dokumente an, die sowohl die Bilanz des bisherigen Weges zogen als auch die Aufgaben der neuen Etappe festlegten. Auf der Dresdner Mitarbeiterkonferenz der CDU im Februar 1963 brachte Generalsekretär Gerald Götting dazu zum Ausdruck:

„Unser Miteinander und Füreinander ist die unversiegbare Quelle der Kraft, die uns befähigt, die komplizierten Probleme in der Gestaltung unserer nationalen Wirtschaft erfolgreich zu meistern.“

Er schloß daraus:

„Alle Bürger unserer Republik davon zu überzeugen, in ihnen das Gefühl der Mitverantwortlichkeit für die Entwicklung unserer Volkswirtschaft zu wecken und sie für die schöpferische Mitarbeit am umfassenden Aufbau des Sozialismus zu gewinnen, darin müssen wir christlichen Demokraten in der Nationalen Front unsere Aufgabe sehen.“⁴¹⁾

Als Kernproblem dieser neuen Etappe bezeichnete Gerald Götting die Gestaltung unserer nationalen Wirtschaft. Seine Ausführungen, die darin erwähnten Beispiele positiver, aber auch negativer Arbeit in den einzelnen Bezirks- und Kreisverbänden, die Beispiele konstruktiver, schöpferischer Arbeit

38) Programm der SED, ND vom 25. 1. 1963, S. 16

39) Programm der SED, a. a. O.

40) Walter Ulbricht, Das Programm des Sozialismus und die geschichtliche Aufgabe der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Referat auf dem VI. Parteitag der SED, Dietz Verlag, Berlin 1963, S. 240

41) Hefte aus Burgscheidungen Nr. 94, S. 7

vieler Unionsfreunde bewiesen auf ihre Weise das ständige Wachstum der politisch-moralischen Einheit aller Schichten unserer Bevölkerung, zeigten die Früchte oft langwieriger Überzeugungsarbeit. Götting schloß seine Ausführungen mit den Worten:

„Große und verantwortungsvolle Aufgaben für unsere Vorstände wie für jedes Mitglied liegen nun vor uns. Wir packen sie an in der Gewißheit, daß wir als Christliche Demokraten hinter uns die gesamte Nationale Front haben, die sich ihrerseits auf uns verlassen kann. Die Geschichte und unsere Erfahrungen haben uns die Richtigkeit unserer Feststellung bewiesen, daß Sozialismus und Friede untrennbar miteinander verbunden sind. Was könnte es da für einen Christenmenschen Schöneres und Erhabeneres geben, als seine ganze Kraft für die Vollendung des Aufbaus des Sozialismus einzusetzen!“⁴²⁾

Nach dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse, nach der Lösung der Grundfragen der Übergangsperiode rückt nun also umfassend und auf eine neue Art und Weise die Ökonomie in den Mittelpunkt der Tätigkeit der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. Bestand bis zum Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse das Charakteristische der Tätigkeit der Parteien darin, ihre Mitglieder und die ihnen nahestehenden Kreise an die sozialistischen Produktionsverhältnisse heranzuführen, so besteht das Neue heute darin, daß jetzt der Kampf um die allseitige Durchsetzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus auf allen Gebieten der Volkswirtschaft, die Erziehung aller Parteimitglieder zum ökonomischen Denken in den Mittelpunkt der gesamten Parteiarbeit rückt.

Durch den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse ist das Bündnis der Arbeiterklasse mit den anderen Klassen und Schichten noch enger geworden; die volle Entfaltung der politisch-moralischen Einheit spiegelt sich auch darin wider, daß die Grundfragen des Sozialismus umfassend den Inhalt der Tätigkeit aller Bürger bestimmen.

Das Neue in der Tätigkeit der Blockparteien auf dem Gebiet der Ökonomie besteht schließlich in folgendem: Bisher waren Schwerpunkt und Ausgangspunkt der ökonomischen Arbeit vor allem die speziellen ökonomischen Probleme der Bauern, der Handwerker, der Unternehmer, der Einzelhändler, ihre Heranführung an die sozialistische Entwicklung. Zielsetzung ist jetzt die Entwicklung der führenden Industriezweige sowie die Bewältigung aller Aufgaben, die sich daraus für alle übrigen Zweige ergeben. Die Frage lautet jetzt: Wie kann durch die Tätigkeit, die spezifischen Erfahrungen der übrigen Zweige die Erfüllung der Grundaufgaben, die Entwicklung der entscheidenden Wirtschaftszweige unterstützt und gefördert werden?

Hier wird eine wichtige Seite des Wirkens der politisch-moralischen Einheit als Triebkraft sichtbar. Die neuen Bedin-

42) ebenda, S. 62

gungen ermöglichen es viel besser als bisher, alle Potenzen unserer Gesellschaftsordnung, die Kräfte, Fähigkeiten und Erfahrungen aller Bürger zu koordinieren, zu konzentrieren und zu vereinen. Die Christlich-Demokratische Union hat auf ihrer Mitarbeiterkonferenz in Dresden ihre diesbezügliche Aufgabe durch Generalsekretär Götting wie folgt umrissen:

„Für uns heißt Christ sein, sich im Kampf für das Volksganze bewähren. Indem wir das tun, wachsen wir in unserer Partei über eine Interessenvertretung christlicher Kreise schlechthin hinaus und wollen als Christen unserem ganzen Volk in beispielhafter und kluger Arbeit dienen... Heute kann die Arbeit der CDU nicht mehr von der Interessenvertretung einzelner Schichten aus entwickelt werden, heute müssen die umfassenden Aufgaben des Sozialismus Entscheidung und Verantwortung aller Mitglieder der CDU bestimmen.“⁴³⁾

Hermann Matern fixierte den gleichen Sachverhalt wie folgt:

„Bislang hatten die befreundeten Parteien die spezifischen Interessen ihrer Mitglieder und der ihnen nahestehenden Bevölkerungskreise zum Ausgangspunkt ihrer Arbeit gemacht. Es war ihr wesentliches Anliegen, die Bündnispartner der Arbeiterklasse zu befähigen, die richtigen Schlußfolgerungen aus der geschichtlichen Vergangenheit Deutschlands zu ziehen und an der Seite und unter der Führung der Arbeiterklasse den Weg des gesellschaftlichen Fortschritts zu gehen. Es ging darum, die spezifischen Interessen der Bündnispartner der Arbeiterklasse mit den Interessen der Arbeiterklasse in Übereinstimmung zu bringen, ihre besonderen Probleme mit den allgemeinen zu verbinden.

Heute wird die Kraft aller Verbündeten auf die Festigung der sozialistischen Produktionsverhältnisse, auf die rasche Entwicklung der führenden Industriezweige konzentriert. Das Bündnis hat einen neuen Inhalt bekommen; für die Zusammenarbeit, für die Parteiarbeit jeder einzelnen Partei, für die Arbeit ihrer Staats- und Wirtschaftsfunktionäre usw. sind neue Maßstäbe gesetzt. Die Mitverantwortung aller politischen Kräfte hat sich erhöht. Ihre enge Zusammenarbeit, die Koordinierung ihrer Kräfte in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland ist für die Meisterung der Aufgaben beim umfassenden Aufbau des Sozialismus noch wichtiger geworden.“⁴⁴⁾

*

Ein überwältigendes Bekenntnis zu ihrem Staat legten die Bürger unserer Republik am 20. Oktober 1963 vor aller Welt durch ihre Stimmabgabe zu den Volkswahlen ab; sie bewiesen damit, daß Staat und Volk in unserer Republik eine Einheit bilden. Mehr als 99 Prozent aller Wähler gaben ihre Zustimmung für die Politik unserer Regierung, eine Politik des Friedens und des umfassenden Aufbaus des Sozialismus, „Triumph der Gemeinsamkeit“ nannte Prof. Norden auf der 4. Tagung des Zentralkomitees der SED diesen Erfolg, der das Ergebnis der intensiven Vorarbeit und Zusammenarbeit der Mitglieder der SED, der Blockparteien und der Massenorganisationen und

43) ebenda, S. 7

44) zitiert nach: Z. f. G., 7/64, S. 1136 f.

vieler anderer Helfer aus allen Schichten der Bevölkerung darstellt:

„Unsere Politik des Friedens und des umfassenden Aufbaus des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik hat einen neuen Triumph erlebt und ist von der übergroßen Mehrheit unserer Bevölkerung bestätigt worden. In der Wahlbewegung gelang es, durch gute Partei- und Massenarbeit das bewußte sozialistische Denken und Handeln unserer Bürger weiterzuentwickeln und unsere Republik ökonomisch und politisch zu stärken.“⁴⁵⁾

Prof. Norden hob in dem Bericht des Politbüros an das Zentralkomitee der SED vor allem das höhere Niveau der Führungstätigkeit in der massenpolitischen Arbeit und die damit verbundenen Erfolge hervor, indem er ausführte:

„Das Politbüro stellt als Ergebnis der bisherigen Arbeit fest, daß die Anwendung der Prinzipien des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft bereits zu sichtbaren Erfolgen geführt und die Praxis die Richtigkeit und Notwendigkeit der von der Partei beschlossenen Maßnahmen bestätigt hat.“⁴⁶⁾

Auch die Jugend der DDR, besonders die Jungwähler, bewiesen durch ihre begeisterte Zustimmung zum Kommuniqué „Der Jugend Vertrauen und Verantwortung“ vom 21. September 1963 und durch die daraus erwachsene Initiative an den Arbeitsplätzen in Industrie, Landwirtschaft und Handel, daß sie das ihr entgegengebrachte Vertrauen zu würdigen weiß und ihre ganze Kraft für die Sache unseres Volkes einzusetzen gewillt ist. In den Diskussionen in Vorbereitung der Volkswahlen ließen die Jugendlichen unserer Republik erkennen, daß sie Anliegen und Zielsetzung des Jugendkommunikés verstanden haben. Sie forderten deshalb, ihnen als zukünftigen Hausherrn schon jetzt mehr Verantwortung zu übertragen.

Das alles beweist, daß im Prozeß der Vorbereitung und Durchführung unserer Volkswahlen im Oktober 1963 die politisch-moralische Einheit unseres Volkes weiter gewachsen ist. Die Verbindung zwischen Bevölkerung und Staat wurde enger. Die schöpferische und selbstbewußte Arbeit zeigt sich seitdem allerorten in hervorragenden Taten. Eine höhere Qualität der Einheit und Gemeinsamkeit aller in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zusammengeschlossenen Kräfte wird seitdem sichtbar. Alle Beratungen in Genossenschaften, Betrieben, Städten und Gemeinden sind gerichtet auf das Bemühen, die wirtschaftlichen Grundlagen unseres Staates weiter zu stärken.

Wie äußert sich nun in der gegenwärtigen Etappe die politisch-moralische Einheit konkret in der Arbeit der Nationalen Front? — Hier soll besonders auf das System der Leitung der politisch-ideologischen Massenarbeit in den städtischen Wohngebieten eingegangen werden.

Mit der Bildung der städtischen Wohngebiete wurden die örtlichen politischen, ökonomischen und ideologischen Probleme und Aufgaben in den Mittelpunkt der Arbeit aller gesellschaftlichen Organisationen und der örtlichen Organe der Staatsmacht gerückt. Jetzt gilt es, die neue inhaltliche Qualität der Arbeitsweise und Zielsetzung der staatlichen und gesellschaftlichen Leitungstätigkeit gründlich zu durchdenken und die Leitung so zu verändern, daß sie den ständig steigenden Bedürfnissen der Bevölkerung entspricht. Das ist zweifellos ein politisch-ideologisches Problem und nicht, wie es oft in Diskussionen zum Ausdruck kommt, ein rein strukturelles.

Auch für die Vorstände der CDU gilt es in dieser Hinsicht, neue Maßstäbe der Arbeit zu setzen. Es ist erforderlich, die bisherige Wirksamkeit der Partei in den Wohngebieten immer wieder kritisch zu überprüfen und neue Formen der Mitarbeit zu entwickeln. Solche Aufgaben wie die Entwicklung des ökonomischen Denkens der Menschen, die Behandlung von Fragen der Technik, der Perspektive im Sozialismus, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts usw. waren bisher zu kurz gekommen. Das Interesse der Bevölkerung ist inzwischen dafür geweckt worden. Besonders solche Aufgaben, die das ökonomische Denken entwickeln helfen, galt und gilt es jetzt zu stellen und zu lösen.

In diesem Zusammenhang hat das System der Leitung der politisch-ideologischen Arbeit in den Wohngebieten eine große Bedeutung. Es geht darum, durch die Zusammenfassung aller Kräfte der staatlichen Organe und gesellschaftlichen Organisationen das Leben in den Wohngebieten vielseitiger, ideenreicher und wirksamer zu gestalten sowie die Initiative aller Schichten der Bevölkerung voll zu entfalten, mit anderen Worten: entsprechend den gesellschaftlichen Erfordernissen und in Übereinstimmung mit den persönlichen Interessen der Bürger ein reges politisches und geistig-kulturelles Leben zu entwickeln. Es geht darum, die materiellen, geistigen und kulturellen Bedürfnisse der Menschen in erhöhtem Maße zu befriedigen, ihrem Verlangen nach einem höheren Wissen um die politischen und ökonomischen Zusammenhänge nachzukommen. Ebenso gilt es, neue Formen und Methoden der umfassenden Beteiligung der Bevölkerung an der Leitung von Staat und Wirtschaft aufzuspüren und zu organisieren.

Heute steht bereits fest, daß sich dieses Neue in unserem Leben, wenn auch noch mit unterschiedlichen Ergebnissen und verschiedener Qualität, bewährt hat. Auch die Angleichung unserer städtischen Ortsgruppen an die Einteilung der Wohngebiete ist, unter den gleichen Gesichtspunkten betrachtet, als Erfolg zu bezeichnen. Jetzt kommt es vor allem darauf an, daß unsere Unionsfreunde in den Wohngebietsausschüssen und Kommissionen neue Vorschläge, gute Ideen und eigene Initiativen entwickeln, um so das Leben im Wohngebiet voll zur Entfaltung zu bringen. Es gibt eine Anzahl von Beispielen, die wert sind, hier genannt zu werden, zeigen sie doch, welche

45) NZ vom 3. 11. 1963, S. 3

46) NZ vom 3. 11. 1963, S. 4

Möglichkeiten bestehen. Sie können zugleich Ansporn und Hinweis für weniger gut arbeitende Ausschüsse und Ortsgruppen sein.

In verschiedenen Städten und Gemeinden im Bezirk Gera ist es den Ortsgruppen unserer Partei z. B. gelungen, die Kirchengemeinde mehr an das Leben des Wohngebiets heranzuführen. So traten zu den Arbeiterfestspielen 1964 einige Kirchenchöre innerhalb der vielen Veranstaltungen auf. In Wernigerode-West erklärten sich Pfarrer und Gemeindevorstände dazu bereit, NAW-Einsätze zur Verwirklichung der im Kommunalplan gestellten Aufgaben durchzuführen. Das Ziel, die massenpolitische Arbeit auf breiterer Basis besser zu organisieren und alle Kräfte auf die Schwerpunktaufgaben im Wohngebiet zu konzentrieren, beginnt also, auch von der Mitarbeit unserer Partei aus gesehen, Früchte zu tragen.

Unter der Losung „Alles für unsere gemeinsame sozialistische Sache!“ erarbeitete der Wohngebietsausschuß 22 in Leipzig ein umfangreiches Programm. Neben kulturellen Veranstaltungen für jung und alt, neben den Vorschlägen zur kulturellen Selbstbetätigung finden sich darin auch Aufgaben zur ständigen Verschönerung der einzelnen Wohnbezirke, genaue Anleitungen für Werterhaltungsarbeiten an besonders dringenden Objekten und gleichzeitig konstruktive Vorschläge und Maßnahmen, um diese Ziele zu erreichen. Die Skala der Veranstaltungen reicht vom Tanzabend über Aussprachen mit Ärzten und Sportlern bis hin zur Diskussion und Auswertung von Problemen der Jugendkriminalität.

Noch sind nicht überall derartige Erfolge zu verzeichnen. Inaktivität, mangelnde Initiative von Mitgliedern der Ausschüsse, Schwierigkeiten innerhalb der Ausschüsse und Kommissionen sind oft die Ursache ungenügender Erfolge. Mit dem Beschluß des Sekretariats des Nationalrates der Nationalen Front zur Arbeit mit den Abgeordnetengruppen ist ein weiterer Schritt getan, um den bisher noch vielfach bestehenden Schwebezustand zu überwinden und eine einheitliche, nach gleichen Gesichtspunkten gerichtete Arbeit der Wohngebietsausschüsse und Abgeordnetengruppen im Wohngebiet zu ermöglichen. Die Wohngebietsausschüsse sind Träger der Arbeit mit den Abgeordnetengruppen und organisieren deren Tätigkeit; denn die Wohngebietsausschüsse sind für die gesamte massenpolitische Arbeit im Wohngebiet verantwortlich.

Diesem sehr richtigen und in der Praxis bewährten Standpunkt liegt die Überlegung zugrunde, daß die Wirksamkeit des Abgeordneten im Wohngebiet, seine Autorität und sein Auftreten entscheidend von der Qualität der Arbeit des Ausschusses der Nationalen Front mitbestimmt wird. Deshalb ist im genannten Beschluß des Sekretariats des Nationalrates festgelegt, daß die Abgeordnetengruppen eng mit den Ausschüssen der Nationalen Front zusammenarbeiten, daß letztere für die planmäßige Arbeit und die Einbeziehung jedes Abgeordneten in die massenpolitische Arbeit ihres Wohngebietes verant-

wortlich sind. Sie bereiten auch die Sprechstunden der Abgeordneten vor und kontrollieren, ob die an die Abgeordneten herangetragenen Eingaben, Kritiken und Vorschläge von den staatlichen Organen beachtet, bearbeitet und berücksichtigt werden.

Jeder Vorstand unserer Partei, jeder unserer Partei angehörige Abgeordnete sollte nun zu einer engen Zusammenarbeit zwischen Wohngebietsausschuß und Abgeordnetengruppe auf dieser neuen Grundlage beitragen. Hier ist die Plattform gegeben, von der aus das wirksamste Auftreten des Abgeordneten im Wohngebiet erfolgen kann. Mit Hilfe der Abgeordnetengruppe wird jeder Abgeordnete noch besser in der Lage sein, die Meinung der Bürger zu erforschen und diese an das Plenum der Volksvertretung heranzutragen. Der Abgeordnete wird aber nun auch qualifizierter seinen Wählern die Beschlüsse der Volksvertretung erläutern und alle Bürger für deren Verwirklichung gewinnen können. Die neue Qualität der Arbeit in den Wohngebieten hängt also nicht zuletzt davon ab, wie das gute Zusammenwirken aller gesellschaftlichen Kräfte verbessert wird. Dabei sollte jeder Schematismus vermieden werden.

Die Bildung von Abgeordnetengruppen eröffnet gute Möglichkeiten, die Mitarbeit der Bevölkerung weiter zu erhöhen, eine erfolgreiche Zusammenarbeit der Bürger der Wohngebiete mit den Ständigen Kommissionen der Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen zu erreichen, die Zusammenarbeit der Staatsorgane mit den Wohngebietsausschüssen der Nationalen Front und ihren Kommissionen weiter zu aktivieren. Besonders hier ist es notwendig, mitzuhelfen, damit sich eine richtige Arbeitsweise herausbildet, die zum weiteren gesellschaftlichen Aufschwung in den Städten und Gemeinden führt. Die Hauptaufgabe besteht darin, die Arbeit mit den Menschen sachkundig zu leiten, um auch auf diese Weise die sozialistische Demokratie zu vertiefen, das gesamte demokratische Leben zu entwickeln. Jeder Bürger unserer Deutschen Demokratischen Republik wird damit immer besser befähigt, das Leben unserer sozialistischen Gesellschaft bewußt und aktiv mitzugestalten.

*

So hat sich im Verlaufe der fünfzehn Jahre der Existenz unserer Deutschen Demokratischen Republik gezeigt, daß es auf dem Fundament der Gemeinsamkeit aller in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland vereinten Kräfte möglich war, die Grundlagen des Sozialismus zu schaffen und die sozialistischen Produktionsverhältnisse zum Siege zu führen. In allen Lebensbereichen ist die Nationale Front eine treibende Kraft, sie durchdringt alle Gebiete des ökonomischen, politischen und kulturellen Lebens. Sie war und ist damit das Rückgrat der nationalen Bewegung in Deutschland. Indem sie alle nationalgesinnten und patriotischen Kräfte in sich ver-

eint, hat sie sich, wie gezeigt, zur sozialistischen Volksbewegung entwickelt.

Heute steht im Mittelpunkt ihrer Arbeit der Kampf um die Vollendung des umfassenden sozialistischen Aufbaus. Hierbei ist sie eine entscheidende gesellschaftliche Kraft und damit die wichtigste Erscheinungsform der sich ständig weiterentwickelnden politisch-moralischen Einheit unseres Volkes. Den hier dargelegten Prozeß faßte Gerald Götting in seinem Schlußwort auf dem 11. Parteitag der CDU in folgenden Worten zusammen:

„Im Verlaufe der gemeinsamen Anstrengungen in der Nationalen Front, im gegenseitigen Geben und Nehmen, hat sich die Arbeit der einzelnen Blockparteien immer klarer und profilierter entwickelt, ist die Zusammenarbeit immer fruchtbarer geworden und hat dadurch das Wachstum der politisch-moralischen Einheit unserer Bevölkerung, die wir heute mit Recht als eine unserer kostbarsten Errungenschaften bezeichnen und die die größte Triebkraft unserer Entwicklung ist, weiter gesteigert. So ist die politisch-moralische Einheit in unserer Republik zum sicheren Garanten für den weiteren Aufbau unserer Republik als Bastion des Friedens und als Bannerträgerin der Zukunft unserer deutschen Nation geworden.“⁴⁷⁾

Hermann Matern brachte auf dem 11. Parteitag der CDU den Sieg der Gemeinsamkeit in treffendster Weise zum Ausdruck:

„Die Jahre der Gemeinsamkeit haben bewiesen, daß es niemandem gelingen wird, die Nationale Front des demokratischen Deutschland auseinanderzubrechen. Sie wird neue Bewährungsproben bestehen. Sie wird wachsen und sich entwickeln und ihre großen nationalen Aufgaben lösen.“⁴⁸⁾

47) Gerald Götting auf dem 11. Parteitag der CDU, 5. Bulletin, S. 17

48) H. Matern auf dem 11. Parteitag der CDU, 3. Bulletin, S. 3

Von den bisher erschienenen Titeln der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ sind noch folgende Nummern lieferbar:

- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- 33 Dr. Bohuslav Pospíšil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 58 Hermann Kalb, Adolf Niggemeier, Karl-Heinz Puff: Weg und Ziel der Adenauer-CDU – Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik
- 64/65 Rolf Börner: Die verräterische Politik der Führung der Adenauer-CDU im Spiegel ihrer Parteiprogramme (1945 bis 1961)
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 75/76 Dr. Gerhard Desczyk: Vermächtnis und Ansporn – Fortschrittliche christliche Traditionen
- 77 Alwin Schaper: So wurde Deutschland gespalten
- 79 Dr. Heinrich Toeplitz: Der deutsche Friedensvertrag ist notwendig
- 80 Rolf Börner: Die Verantwortung der Christen bei der Lösung der nationalen Frage in Deutschland
- 81 Gerald Götting: Entscheidung des Christen für die Sache der Nation
- 82/83 Siegfried Welz: Lateinamerika tritt auf den Plan
- 84/85 Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper: Christliche Existenz in der sozialistischen Ordnung
- 87 Zu weiteren Erfolgen in der vollendeten sozialistischen Gesellschaft
- 88 Johannes Oertel: Die Welt des Landesbischofs Lilje – Eine Auseinandersetzung
- 89 Briefe an einen Pfarrer
- 90 Fritz Beyling: Morgenröte unserer neuen Zeit
- 92 Alwin Schaper: Otto Nuschke und seine Zeit
- 94 Gerald Götting: Das Programm des Sozialismus ist das Gesetz unseres Handelns
- 95 Wolfgang Heyl: Glanz und Elend der Adenauer-CDU
- 98 Gerald Götting: Wir stärken die politisch-moralische Einheit unseres Volkes
- 99/100 Siegfried Welz: Auf Sand gebaut – Die amerikanischen „Europa“-Pläne nach 1945
- 102 Alwin Schaper: Der Sieg der nationalen Selbstbestimmung im Zeitalter des Sozialismus

- 103 Heinz Willmann: Friedensidee und Friedensbestrebungen in unseren Tagen
- 104 Ulrich Kutsche: Friede in wehrhaften Händen
- 105 Hans Kistner: Blickpunkt Südafrika
- 106 Dr. Rudi Rost: Die Arbeit mit den Menschen sachkundig organisieren
- 107 Rolf Börner: Fortschrittliche Christen im 19. Jahrhundert und ihr Verhältnis zur Arbeiterklasse
- 108 Gerald Götting: Gute Planerfüllung ist die beste Außenpolitik
- 109 Günter Wirth: Vom Schicksal christlicher Parteien 1925-1934
- 110/111 Gertrud Illing: Zum Scheitern verurteilt
- 112 Walter Bredendiek: Emil Fuchs und die Anfänge des Christlichen Arbeitskreises beim Friedensrat der DDR
- 113 Dr. Hubert Faensen: Der Beitrag des christlichen Schriftstellers zur sozialistischen Nationalliteratur
- 114 Prof. Dr. Hans-Hinrich Jansen: Politische Diakonie im Sozialismus
- 115 Günter Wirth: Weltpolitik und Weltchristenheit
- 116 Gerald Götting: Perspektive und Verantwortung junger Christen im Sozialismus
- 117 Dr. rer. oec. habil. Harald-Dietrich Kühne: Internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit und nationale Wirtschaft
- 118 Gertrud Illing: Kreuzzugswahn in Vergangenheit und Gegenwart
- 119 Prof. Dr. Tamás Esze: Der Weg der Reformierten Kirche Ungarns
- 120 Mein Bund ist Leben und Frieden (Die II. Allchristliche Friedensversammlung 28. 6. bis 3. 7. 1964 in Prag)
- 121 Gerald Götting: In christlicher Verantwortung für Frieden und Sozialismus
- 122 Otto Nuschke: Koexistenz - das ist heute der Friede
- 123/124 Johannes Zukertort: Hans von Seeckt
- 125 Gerald Götting: Die Mitarbeit der christlichen Bürger in der Deutschen Demokratischen Republik dient der friedlichen Zukunft der Nation.
- 126 Wolfgang Heyl: Wissenschaftliche Leitungstätigkeit - Voraussetzung neuer Erfolge
- 127 Prof. Dr. Neuhaus: Dauerhafte Friedensordnung durch Vertrauen und Verträge

Verkaufspreis 0,50 MDN - Doppelheft 1,- MDN